

# Stenographisches Protokoll.

## 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 31. Jänner 1951.

### Inhalt.

#### 1. Trauerkundgebung

für die Opfer der Lawinenkatastrophen (S. 1802).

#### 2. Personalien.

- a) Krankmeldungen (S. 1802);
- b) Krankenurlaub (S. 1802);
- c) Entschuldigungen (S. 1802).

#### 3. Bundesregierung.

- a) Zuschrift des Bundeskanzlers, betreffend die Betrauung des Bundesministers Dr. Margarétha mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers Dr. Kolb (S. 1802);
- b) Schriftliche Beantwortung der Anfragen 162 und 174 (S. 1802).

#### 4. Regierungsvorlagen.

- a) Novelle zum Gehaltskassengesetz (293 d. B.) (S. 1802) — Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 1803);
- b) Verkehrssteuernovelle 1951 (295 d. B.) (S. 1802) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1803);
- c) Personalausgleichsgesetz (298 d. B.) (S. 1802) — Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform (S. 1803);
- d) Bundesgesetz, betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Brot und Mehl (299 d. B.) (S. 1802) — Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (S. 1803);
- e) Kraftfahrrechts - Überleitungsgesetznovelle (300 d. B.) — Handelsausschuß (S. 1803).

#### 5. Immunitätsangelegenheiten.

Berichte des Immunitätsausschusses über die Auslieferungsbegehren gegen

- a) den Abg. Dr. Peter Krauland (301 d. B.); Berichterstatter: Dr. Scheff (S. 1820); Annahme des Ausschußantrages (S. 1821);
- b) den Abg. Franz Prinke (302 d. B.); Berichterstatter: Dr. Nemeč (S. 1821); Annahme des Ausschußantrages (S. 1821).

#### 6. Verhandlungen.

- a) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (289 d. B.), betreffend die Ausprägung von Handelsgoldmünzen (294 d. B.). Berichterstatter: Dipl.-Ing. Pius Fink (S. 1803); Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1803).
- b) Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (288 d. B.); Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz über Sozialversicherung (296 d. B.). Berichterstatter: Uhler (S. 1803); Redner: Elser (S. 1804); Genehmigung des Abkommens (S. 1804).

- c) Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (291 d. B.), betreffend die Gewährung der Notstandshilfe an Volksdeutsche (297 d. B.). Berichterstatter: Kysela (S. 1805); Redner: Elser (S. 1805 und S. 1819), Neuwirth (S. 1808), Machunze (S. 1810), Dr. Stüber (S. 1815), Scharf (S. 1816) und Olah (S. 1817); Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1820).

### Eingebracht wurden:

#### Antrag der Abgeordneten

Dr. Pfeifer, Dr. Stüber, Dipl.-Ing. Dr. Buchberger, Dr. Gasselich u. G., betreffend die Verbesserung der Lage der Rechtsanwaltsanwärter (50/A).

#### Anfragen der Abgeordneten

Weikhart, Olah, Reismann u. G. an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend Unzukömmlichkeiten bei der Benzin- und Holzbewirtschaftung (201/J);

Gschweidl, Aigner, Kysela u. G. an den Bundesminister für Inneres, betreffend finanzielle Unterstützung des Bergrettungsdienstes (202/J);

Honner, Scharf u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend den Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen, durch welchen Sportvereinen die Zahlung von Gewerbe- und Körperschaftsteuer aufgebürdet wird (203/J);

Dr. Pfeifer, Dr. Stüber u. G. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Ermäßigung der Gebühren für die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft (204/J);

Dr. Stüber, Ebenbichler u. G. an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Behandlung der österreichischen Auslandsrentner (205/J);

Dr. Herbert Kraus, Klautzer u. G. an den Bundeskanzler, betreffend das Verbot der Zeitungen „Die neue Front“ und „Alpenruf“ durch den Alliierten Rat (206/J);

Neuwirth, Dr. Herbert Kraus u. G. an den Bundeskanzler, betreffend Vorsorgen für die Sicherstellung von Rohstoffen zur Aufrechterhaltung der uneingeschränkten Produktion (207/J).

### Anfragebeantwortungen:

#### Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abg. Dr. Stüber u. G. (173/A.B. zu 174/J);

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abg. Dr. Stüber u. G. (174/A.B. zu 162/J).

1802 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

**Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten.**

**Präsident Kunschak** (*sich erhebend*): Hohes Haus! Über unsere Alpenländer ist schweres Unglück hereingebrochen. Eine Elementarkatastrophe schwerster Wucht und breitesten Umfanges hat über weite Siedlungsgebiete unseres Landes Tod und Zerstörung gebracht. Weit über hundert Menschen haben den Tod und schwerste Gesundheitsstörungen erlitten; derzeit noch nicht abzuschätzen ist die Vernichtung privaten und öffentlichen Gutes.

Die Seele jedes fühlenden Menschen bäumt sich auf beim Anblick dieses Bildes menschlicher Hilflosigkeit und unwiderstehlicher Kraft der Elemente. In seinem Innersten erschüttert steht Österreichs Volk vor diesem grauenhaften Bild.

Dem Nationalrat als Vertreter des österreichischen Volkes ist es ein Bedürfnis, allen unmittelbar oder mittelbar Betroffenen den Ausdruck mitfühlenden Beileides zu entbieten. Möge ihnen dieser Zuspruch, aber auch die überall ersichtliche Hilfsbereitschaft ein lindernder Trost in ihrem Leide sein.

Besonders hervorgehoben sei hier auch der heldenhafte Einsatz der im Rettungsdienst mit dem Einsatz ihres eigenen Lebens tätigen Männer, die zu retten suchen, was zu retten ist. Ihnen sei vollste Anerkennung und herzlichster Dank gesagt.

Der Nationalrat nimmt gerne zur Kenntnis, daß die Regierung sofort eine Hilfsaktion in die Wege geleitet und für den ersten Anfall den Betrag von drei Millionen Schilling gewidmet hat. Der Nationalrat erwartet, daß ihm von Seite der Regierung in kürzester Frist die erforderlichen Gesetzesvorlagen als Voraussetzung einer umfassenden und durchgreifenden Hilfsaktion zugehen werden.

Von ähnlichen Katastrophen wie die österreichischen Alpenländer sind auch Teile unserer Nachbarstaaten betroffen. Auch ihnen sei der Trauergruß des österreichischen Nationalrates entboten.

Die verehrten Frauen und Herren haben sich zum Zeichen ihrer Zustimmung zu dieser Kundgebung des Nationalrates von den Sitzen erhoben. Diese Kundgebung wird dem Protokoll der Sitzung einverleibt werden.

*Die Abgeordneten, die sich zu Beginn der Traueransprache von den Sitzen erhoben haben, nehmen wieder die Plätze ein.*

Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten.

*Die Sitzung wird um 10 Uhr 15 Minuten unterbrochen. — Wiederaufnahme um 10 Uhr 20 Minuten.*

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Das stenographische Protokoll der 40., 41., 42., 43., 44. und 45. Sitzung ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und daher genehmigt.

Krank gemeldet haben sich die Abg. Giegerl, Stampfer, Steiner, Kapsreiter, Dipl.-Ing. Babisch, Rainer und Hartleb.

Entschuldigt haben sich die Abg. Frömel, Kostroun, Proksch, Truppe, Wendl, Hintendorfer, Dr. Rupert Roth, Scheibenreif und Dipl.-Ing. Strobl.

Die Frau Abg. Gabriele Proft, die bis nun leider die erwartete Gesundung nicht erlangt hat, ersucht um eine Verlängerung des Krankenurlaubes bis März.

*Die Verlängerung des Krankenurlaubes wird genehmigt.*

Die schriftliche Beantwortung der Anfragen 162 und 174 wurde den anfragenden Mitgliedern des Hauses übermittelt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Dr. Stüber, um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. **Stüber** (*liest*): „An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Gemäß Artikel 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes habe ich für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Dr. Ernst Kolb nach Artikel 73 leg. cit. den Bundesminister für Finanzen Dr. Eugen Margarétha mit seiner Vertretung betraut.

Figl.“

**Präsident:** Wird zur Kenntnis genommen.

Schriftführer Dr. **Stüber:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt (*liest*):

Bundesgesetz, womit das Gehaltskassengesetz, BGBl. Nr. 23 vom Jahre 1928, abgeändert wird (Novelle zum Gehaltskassengesetz) (293 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und des Beförderungsteuergesetzes (Verkehrsteuernovelle 1951) (295 d. B.);

Bundesgesetz über einen Personalausgleich zwischen Dienststellen des Bundes (Personalausgleichsgesetz) (298 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Brot und Mehl (299 d. B.);

Bundesgesetz, womit das Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetz, BGBl. Nr. 47/1947, abgeändert wird (Kraftfahrrechts-Überleitungsgesetznovelle) (300 d. B.).

*Es werden zugewiesen:*

295 dem Finanz- und Budgetausschuß;  
300 dem Handelsausschuß;  
299 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft;  
293 dem Ausschuß für soziale Verwaltung;  
298 dem Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform.

Der 1. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (289 d. B.): Bundesgesetz über die **Ausprägung von Handelsgoldmünzen** (294 d. B.).

Berichterstatler Dipl.-Ing. Pius Fink: Hohes Haus! Gestatten Sie, daß ich bei dieser Regierungsvorlage einen kleinen geschichtlichen Ausflug mache. Vor knapp 100 Jahren wurde die lateinische Münzunion gegründet, der unter anderm Italien, Frankreich und Spanien beitraten. Auch in Österreich bestand die Absicht, sich dieser Union anzuschließen. Deshalb wurden 1870 Vier- und Acht-Guldenstücke als Goldmünzen geprägt, die allerdings nicht als Währung, sondern als Handelsmünzen gedacht waren. Darauf weist auch die Beschriftung hin, die besagt, daß vier Gulden zehn Francs, beziehungsweise acht Gulden zwanzig Francs entsprechen.

Österreich trat dann allerdings dieser Münzunion nicht bei. Im Jahre 1892 führte es eine eigene Goldwährung, die Kronenwährung, ein. Die Goldgulden blieben aber als Handelsmünzen im Verkehr, und sie erfreuen sich, besonders im nahen Orient, wachsender Beliebtheit. Deshalb sieht die gegenständliche Vorlage auch vor, daß das Münzamt ermächtigt wird, wieder solche Goldguldenstücke und darüber hinaus auch Goldkronenstücke auszuprägen, da bekanntermaßen der österreichische Zolltarif auf Goldkronen aufgebaut ist.

Das Hohe Haus kann dieser Vorlage ruhig zustimmen, denn die Währung und der Wert von Gedenkmünzen wird davon nicht tangiert. Selbst die Arbeit der Ausprägung und die Gebühren werden in barem Gold bezahlt, und unser Münzstempel gewinnt im Ausland an Ansehen.

Die weiteren Details ersehen Sie aus dem gedruckten Ausschlußbericht.

Vom Finanz- und Budgetausschuß beauftragt, bitte ich das Hohe Haus, dieser Gesetzesvorlage die Zustimmung zu geben.

*Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung einstimmig beschlossen.*

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (288 d. B.): **Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz über Sozialversicherung** (296 d. B.).

Berichterstatler Uhlir: Hohes Haus! Die Rechtsansprüche österreichischer Dienstnehmer auf dem Gebiete der Sozialversicherung, die im Ausland dauernd oder zeitweilig Beschäftigung fanden, waren bis zum Jahre 1938 durch Gegenseitigkeitsverträge zwischen Österreich und den Nachbarstaaten geordnet. Nach diesen Gegenseitigkeitsverträgen wurden umgekehrt ebenso die Rechtsansprüche ausländischer Dienstnehmer gewährt, wenn sie ebenfalls dauernd oder zeitweilig in Österreich Beschäftigung fanden. Durch den Anschluß Österreichs an Deutschland im Jahre 1938 wurden diese Gegenseitigkeitsverträge hinfällig, und im Jahre 1945, bei der Schaffung der selbständigen österreichischen Sozialversicherung, bestanden keinerlei die Interessen der österreichischen Staatsbürger wahrende Vereinbarungen zwischen Österreich und den anderen Staaten.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung war in den vergangenen Jahren bestrebt, solche Gegenseitigkeitsverträge mit den Nachbarstaaten abzuschließen. Die Verhandlungen führten dazu, daß ein solcher Vertrag nicht nur mit der Schweiz, sondern auch mit Italien abgeschlossen werden konnte. Derzeit werden Verhandlungen in Frankfurt über den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zwischen Österreich und Westdeutschland geführt.

Ich kann es mir wohl ersparen, auf die einzelnen Bestimmungen des Abkommens zwischen Österreich und der Schweiz einzugehen, da Inhalt und Wirkungsbereich dieses Abkommens im Motivenbericht überaus ausführlich dargelegt sind, ich kann nur feststellen, daß durch dieses Übereinkommen manche soziale Härten, denen der bisher in Betracht kommende Personenkreis ausgesetzt war, beseitigt werden.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat sich in der Sitzung vom 16. Jänner 1951 mit der Regierungsvorlage beschäftigt und ihr nach eingehender Debatte zugestimmt. Er stellt mithin den Antrag, der Nationalrat wolle dem vorliegenden Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz über Sozialversicherung (288 d. B.) die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

**Präsident:** Wenn keine Einwendung erhoben wird, werden wir General- und Spezialdebatte unter einem durchführen. *(Nach einer Pause:)* Es wird keine Einwendung erhoben.

Zum Worte pro gelangt der Herr Abg. Elser.

Abg. Elser: Hohes Haus! Das Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz über Sozialversicherung ist das erste dieser Art in der zweiten Republik. Es hat ganz besondere Bedeutung für die westlichen Grenzbevölkerungsschichten, nicht zuletzt für die Bevölkerung Vorarlbergs.

Es galt natürlich, große Schwierigkeiten zu überwinden, bis es zu diesem Abkommen mit den Schweizern kam. Die Schwierigkeiten liegen in der Verschiedenheit der Sozialversicherungssysteme der beiden Staaten. Während das schweizerische Sozialversicherungssystem den Charakter einer Volksversicherung hat, haben wir in Österreich ein wesentlich anderes System, das sich mehr oder weniger auf die Zwangsmemberschaft stützt und nur bestimmte Schichten der Bevölkerung umfaßt.

Zum Inhalt selbst wäre natürlich vieles zu sagen. Was der Herr Berichterstatter sagt, ist richtig. Die Herren Abgeordneten haben dieses Abkommen ja schließlich zur Hand und können es studieren, aber für alle jene Abgeordneten, die mit der Materie nicht vertraut sind, wird es sehr schwierig sein, sich in diesem Labyrinth von Fachgebieten und Fachausdrücken zurechtzufinden.

Das Abkommen ist auf alle Fälle ein Vorteil für die Staatsbürger beider Staaten, sowohl für die Schweizer Staatsbürger, die in der österreichischen Rentenversicherung und in der österreichischen Unfallversicherung Beiträge geleistet und Leistungsansprüche erworben haben, als auch für die österreichischen Staatsbürger, die durch ihre Arbeit in der Schweiz irgendwelche Leistungsansprüche gegenüber der schweizerischen Rentenversicherung erworben haben.

Von nun an werden die österreichischen Staatsbürger — und das ist für die Vorarlberger Grenzbewohnerschaft von außerordentlicher Wichtigkeit — ungekürzte Renten aus der schweizerischen Versicherung erhalten können, während sie bisher nur in gekürzter Form ausbezahlt wurden. Sollten österreichische Staatsbürger bei vorübergehender Arbeit in der Schweiz in der schweizerischen Versicherung noch keinen vollen Anspruch auf eine Rente erworben haben, so werden die einbezahlten Beiträge von der Schweizer Versicherung den österreichischen Sozialversicherungsträgern überwiesen. Hier wird allerdings erst eine Verordnung des Sozialministeriums festlegen, inwieweit diese an die österreichische Rentenversicherung überwiesenen Beiträge rentensteigernd wirken sollen. Ich will hier gleich die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß diese Verordnung des Sozialministeriums im Sinne der Interessen der österreichischen Staatsbürger abgefaßt sein wird.

Im übrigen weisen das Abkommen und auch die Schweizer Versicherung ganz bemerkenswerte Merkmale auf: Für die österreichischen Abgeordneten ist es zum Beispiel nicht ganz uninteressant, daß die Schweizer Rentenversicherung finanziell gesehen eigentlich auf der Basis der Staatszuschüsse aufgebaut ist. Je älter die schweizerische Rentenversicherung wird, desto höher ist der Staatszuschuß der Schweizer Bundesregierung. Die Staatszuschüsse spielen daher in der schweizerischen Rentenversicherung eine ausschlaggebende finanzielle Rolle.

Eine andere Angelegenheit ist ebenfalls bemerkenswert: Die schweizerische Rentenversicherung, die ja keine Invaliditätsrente sondern nur eine Altersversorgung und eine Witwen- und Waisenversorgung kennt, hat zum Beispiel auch Bestimmungen, die meiner Ansicht nach für die kommende Selbständigenversicherung in Österreich von besonderer Bedeutung wären. Das österreichische Parlament wird ohne Zweifel auf die Dauer nicht mehr darüber hinwegkommen, daß man endlich einmal auch bei uns die Selbständigenversicherung verwirklicht. Mit welchen Sparten, darüber kann man sich unterhalten; aber daß die Selbständigenversicherung in Österreich eine dringende Notwendigkeit ist, darüber, glaube ich, müßten wir uns wohl schon alle miteinander einig sein. Die schweizerische Rentenversicherung weist nun Grundzüge auf, die beim Aufbau einer österreichischen Selbständigenversicherung ohne weiteres herangezogen werden könnten.

Das Abkommen selbst, meine Damen und Herren, ist natürlich zu begrüßen. Ich möchte hier namens des Linksblocks nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß ähnliche Abkommen auch mit den beiden Regierungen Deutschlands und mit den Nachbarstaaten, vor allem mit der Tschechoslowakei, abgeschlossen werden; denn gerade in diesen Staaten befinden sich ja sehr viele Österreicher oder haben sich sehr viele Österreicher befunden, die dort als Bergarbeiter oder in anderen Industriezweigen gearbeitet haben und heute mehr oder weniger, wie Sie ja alle wissen, nur mit einer sehr kargen sogenannten „Treuhänderrente“ abgefertigt werden. Wollen wir also hoffen, daß ähnliche Übereinkommen zwischenstaatlicher Natur auch mit anderen Nachbarstaaten und mit den beiden Regierungen Deutschlands vereinbart werden. Im übrigen sind meiner Ansicht nach internationale sozialpolitische Abmachungen und zwischenstaatliche Vereinbarungen auf dem Gebiete des Sozialrechtes auch wertvolle Instrumente der Völkerverständigung.

*Bei der Abstimmung wird dem Abkommen einstimmig die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.*

## 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951. 1805

Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (291 d. B.): Bundesgesetz über die **Gewährung der Notstandshilfe an Volksdeutsche** (297 d. B.).

Berichterstatte **Kysela**: Hohes Haus! Die Regierungsvorlage 291 der Beilagen, die jetzt zur Behandlung vorliegt, ist dem Texte nach von geringem Umfang, für die Menschen aber, die sie betrifft, ist sie von grundsätzlicher Bedeutung.

Mit diesem Gesetzentwurf werden die Volksdeutschen nun auch beim Bezug der Notstandshilfe im Falle der länger andauernden Arbeitslosigkeit mit dem österreichischen Staatsbürger gleichgestellt. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sah nämlich im § 23 Abs. 2 vor, daß Notstandshilfe, die nach Erschöpfung des Anspruches auf Arbeitslosengeld bei Vorliegen von Notlage gewährt wird, grundsätzlich auf Arbeitslose beschränkt ist, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Wohl wurde schon im Vorjahr, und zwar am 31. März, durch eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz die Möglichkeit geschaffen, daß auch Volksdeutsche die Notstandshilfe erhalten können, doch war dies an die Voraussetzung geknüpft, daß die Arbeitslosen innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens 156 Wochen arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt waren. Daraus haben sich Härten ergeben. Durch die Gleichstellung der Volksdeutschen mit den österreichischen Staatsbürgern werden nun diese Härten beseitigt.

Wie aus den erläuternden Bemerkungen zu ersehen ist, entsteht aus der Durchführung dieses Gesetzes kein Verwaltungsmehraufwand, ebenso kein ins Gewicht fallender Mehraufwand an Unterstützungsleistungen, da es sich im wesentlichen, wie schon einmal erwähnt, um die Beseitigung von Härtefällen handelt.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat diese Regierungsvorlage in der Sitzung vom 16. Jänner 1951 ohne Debatte einstimmig angenommen und stellt den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf 291 der Beilagen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich stelle den Antrag, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

**Präsident**: Wird gegen den zuletzt gestellten Antrag eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Es bleibt bei der gemeinsamen Durchführung der Debatte.

Zum Worte pro gelangt der Herr Abg. Elser.

**Abg. Elser**: Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz enthält die Gleichstellung der sogenannten Volksdeutschen mit den öster-

reichischen Staatsbürgern bei der Gewährung der Notstandshilfe. Zu diesem Gesetz selbst ist inhaltlich nicht viel zu sagen, es ist ein Akt der Gerechtigkeit, auf dem Grundsatz basierend: Gleiche Geldleistungen, gleiche Ansprüche. Nebstbei erlaube ich mir zu erwähnen, daß diese Gesetzesvorlage die Anerkennung eines Antrages des Linksblockes bedeutet, der dieses Unrecht an den Volksdeutschen hier schon vor einigen Jahren bekämpft hat. Ich sagte schon: Es geht eigentlich in diesem Parlament mit den Anträgen des Linksblockes langsam, aber sicher geht es ja doch! (*Heiterkeit.*)

Ohne Zweifel hat nicht nur dieser Umstand zu der heutigen Gesetzesvorlage geführt, daß man also den Forderungen der Volksdeutschen endlich Rechnung trägt, sicherlich hat auch die besorgniserregende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu dieser Vorlage geführt. Die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung in Österreich wächst eben, und bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, daß derzeit bereits über 200.000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern in Österreich vorgemerkt sind. In der Steiermark beläuft sich die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen bereits auf über 30.000. Das heißt, wenn man den Beschäftigungskreis der steirischen Arbeiterschaft heranzieht, daß bereits jeder zehnte Steirer arbeitslos ist. Die Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, ist ein bekanntes Symptom der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Steigende Arbeitslosigkeit bedeutet ein Umsichgreifen volkswirtschaftlicher Störungen. Es ist Sache einer verantwortungsvollen Regierung- und Wirtschaftspolitik, gegen diese Störungen rechtzeitig Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Geschieht dies nicht, dann steigert sich eben die Arbeitslosigkeit.

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß das Gesetz seinem textlichen Inhalt nach sehr kurz ist. Aber es ist ein Beweis der steigenden Arbeitslosigkeit in Österreich, und es gehört zur Sache, daß man sich auch kurz über die Ursachen der steigenden Arbeitslosigkeit in Österreich unterhält, denn die Arbeitslosigkeit ist lediglich und immer nur ein Symptom irgendwelcher wirtschaftlicher Störungen. Nun gibt es ja verschiedene Betrachtungen der österreichischen Wirtschaftslage. Die einen sagen, die Dinge stehen rosig, die anderen sehen die Dinge wieder anders. Auf jeden Fall, eines ist sicher: Das Wirtschaftsbarometer in Österreich fällt. „Schlechtwetter in Aussicht“ — so müßte man eigentlich als Wirtschaftsmeteorologe die Prognose stellen, und wenn es, wirtschaftlich betrachtet, nicht zu Wetterkatastrophen kommen soll, bedarf es energischer, zielbewußter und beschleunigter Maßnahmen auf allen Gebieten des Wirt-

schaftslebens. Ich habe schon betont, daß ein Teil der Wirtschaftsbetrachter in Österreich die Dinge sehr rosig sieht. Sie sprechen im allgemeinen vom Aufschwung der österreichischen Wirtschaft, sie verweisen auf die steigende Ausfuhr, auf die in den letzten Monaten festgestellte aktive Handelsbilanz, ja sie sprechen bereits von einem kommenden Alpendollar usw. Sie vergessen allerdings, daß der Wirtschaftsaufschwung, soweit wir einen solchen in der Schwerindustrie, im Bergbau und in den wenigen anderen Wirtschaftszweigen feststellen können, eine Art Rüstungsscheinkonjunktur darstellt, zumindest ist er eine Folge der allgemeinen Krise auf dem Weltmarkt und in der Weltwirtschaft. Die anderen, und dazu gehören auch wir Abgeordnete des Linksblocks, sehen die Dinge in Österreich wesentlich anders. Wir verweisen auf die steigende Arbeitslosigkeit, wir verweisen auf die Engpässe in der Rohstoffversorgung, wir verweisen auf die Krisenerscheinungen in der Fertigwarenindustrie und wir verweisen auf die nicht mehr abzuleugnenden Fehlinvestitionen, die teils im staatlichen Sektor, teils aber auch im privatwirtschaftlichen Sektor vor sich gegangen sind. Ohne Zweifel wurden hier Milliarden Schilling an Fehlinvestitionen gemacht. Das geht natürlich anderswo ab, und alles zusammengenommen ergibt dann kein günstiges Wirtschaftsbild.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auch auf die Korruptionsvorgänge in unserer Wirtschaft lenken. Der Fall bei der VÖEST und andere Fälle zeigen, daß das österreichische Wirtschaftsleben nicht frei von Fäulnisherden ist. Ich möchte keinesfalls hier eine Pauschalverdächtigung zum Ausdruck bringen. Es gibt sicherlich sowohl im staatlichen als auch im privatwirtschaftlichen Sektor viele Männer, die allen Ernstes darangehen, das österreichische Wirtschaftsleben zu konsolidieren. Wir haben aber auch genug Fäulnisherde, und man hat bis heute viel zu wenig energisch diese Fäulnisherde einfach ausgebrannt. Ich möchte mich heute nicht über die Fälle bei der VÖEST und in anderen Betrieben verbreitern, ich möchte nur kurz darauf hingewiesen haben. Man muß daher aussprechen: Etwas in der österreichischen Wirtschaft stimmt nicht. Die österreichische Gesamtwirtschaft krankt meiner Ansicht nach daran, daß ihr eine gesunde Konstitution fehlt. Unsere Wirtschaftspolitik weist große Fehlerquellen auf. Die steigende Arbeitslosigkeit erfordert eine sachliche aber schonungslose Kritik. Wenn man die Wirtschaftslage in Österreich betrachtet, dann fällt einem vor allem die angeblich saisonmäßig bedingte

Massenarbeitslosigkeit auf. Gewiß gibt es Wirtschaftszweige im allgemeinen Wirtschaftsleben, die eine bestimmte Produktionssaison aufweisen, in denen aber daneben wieder Monate hindurch die Produktion entsprechend beschränkt ist oder überhaupt aufhört. Eine einsichtsvolle Staats- und Wirtschaftspolitik hat jedoch Möglichkeiten, diese saisonmäßig bedingte Massenarbeitslosigkeit auf ein Minimum herabzusetzen oder sie überhaupt aufzuheben. Hier müßte in erster Linie die öffentliche Hand, die öffentlichen Gebietskörperschaften beispielgebend vorgehen. Bedenken Sie aber, daß wir bei den Budgetverhandlungen festgestellt haben, daß bei den Investitionen für verschiedene Wiederaufbauarbeiten der Betrag für das Jahr 1951 von über einer Milliarde Schilling auf 700 Millionen herabgesetzt wurde! Das alles wirkt sich natürlich allmählich im Wirtschaftsleben aus und macht sich in bezug auf die Arbeitslosigkeit in steigender Weise bemerkbar.

Wenn man dagegen die Summen betrachtet, die auf dem Gebiete der Steuerrückstände und der Steuerhinterziehungen der großen Unternehmungen aufscheinen und daher der Wirtschaft fehlen, so kommt man zu Beträgen, mit denen man ohneweiters auch über die Wintermonate eine öffentlich geförderte Bautätigkeit organisieren könnte.

Man spricht in der letzten Zeit auch sehr viel vom Einbau der jugendlichen Arbeitskräfte in den Arbeits- und Wirtschaftsprozeß. Wir dürfen bei dieser Betrachtung nicht vergessen, daß wir allmählich — schon heuer und namentlich in den nächsten Jahren — die geburtenreichen Jahrgänge zu berücksichtigen haben werden. Wir werden in den nächsten Jahren viele zehntausende junge Menschen vor den Arbeitsämtern sehen, die Eintritt in das Arbeits- und Wirtschaftsleben begehren werden. Da besteht die Gefahr, daß sich durch das Auftauchen der geburtenreichen Jahrgänge die Zahl der Arbeitslosen vermehrt, oder mit anderen Worten, daß die Unterbringung der jugendlichen Arbeitskräfte in unserem Lande, in unserer österreichischen Wirtschaft zu einem noch größerem Problem wird.

Nun kommen viele und sagen, das Beste wäre die Einführung eines Arbeitsdienstjahres, analog wie es die Nazisten getan haben. Ich bin der Auffassung, daß mit der Einführung eines solchen Arbeitsdienstes das Problem keineswegs gelöst wäre. Das Jugendproblem in Österreich kann man nicht über den Weg eines Arbeitsdienstjahres lösen. Das Übel steckt viel tiefer. Nur über den Weg grundlegender wirtschaftlicher Maßnahmen und Veränderungen wird man auch das Jugendproblem, die Jugendarbeitslosigkeit aus der Welt

## 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951. 1807

schaffen können. Mit nazistischen Maßnahmen, die mehr oder weniger auch von jenen, die sie propagieren, weit überschätzt werden, ist nichts getan. Die Lager, die man gründen will, kosten Geld, und schließlich müssen die jungen Menschen doch ernährt und bekleidet werden. Auch ist ein Verwaltungsapparat dafür notwendig, wenn die jugendlichen Arbeitsmänner zum Einsatz kommen sollen. Wenn Sie das alles summa summarum berücksichtigen, werden Sie daraufkommen, daß, wenn man das Arbeitsdienstjahr einführen würde, die Arbeitskraft pro Kopf höher kommt als bei einer normalen Entlohnung der jugendlichen Arbeitskräfte. *(Abg. Geisslinger: Ich würde doch zu den Fragen der Volksdeutschen reden!)*

Auch die Probleme unseres Außenhandels sind im Zusammenhang mit der steigenden Arbeitslosigkeit sicherlich so wichtig, daß sie hier erwähnt werden müssen. Es ist richtig, unser Export ist in den letzten Monaten sehr gestiegen. Ich behaupte aber, wenn der Export oder der Versuch des Ausgleichs unserer Zahlungsbilanz auf dem Wege des Ausverkaufes Österreichs an wertvollen Rohstoffen und Halbfabrikaten unter Schrumpfung großer gewerblicher und industrieller Wirtschaftszweige vor sich gehen soll, dann müßte man wohl darauf verzichten, auf einem solchen Wege den Ausgleich unserer Zahlungsbilanz herbeizuführen, denn er würde mit einer immens ansteigenden Arbeitslosigkeit bezahlt werden. *(Abg. Machunze: Herr Kollege, das steht nicht zur Debatte!)*

Ich möchte zum Außenhandel, der ja eine der Hauptursachen der gegenwärtig steigenden Arbeitslosigkeit ist, nur noch folgendes sagen: Es wird sehr viel von der Liberalisierung des Handels gesprochen, und die Herren Amerikaner haben dazu das Stichwort gegeben. Nun, wie sieht denn diese Liberalisierung, diese Auflockerung des internationalen Handels, in Wirklichkeit aus? Wir sehen dies an dem Beispiel Westdeutschland und wir sehen es auch am Beispiel Österreich: Rohstoffe und Halbfabrikate gehen in Massen aus diesen beiden Volkswirtschaften hinaus, und Fertigwaren strömen herein. Das ist das Bild, das die vielgepriesene Liberalisierung bisher für die österreichische und westdeutsche Wirtschaft gebracht hat. Das können daher nicht die Maßnahmen sein, die zum Aufblühen einer Wirtschaft führen. Die Folgen sind natürlich heute auch schon in Österreich festzustellen: Verschuldung an das Ausland, Einbuße in der eigenen Rohstoffversorgung, Schrumpfung der lohnintensiven Fertigwaren- und Konsumindustrie, und das Schlußergebnis steigende Ziffern in bezug auf die Arbeitslosigkeit. Wir müssen eine Handelspolitik und einen Außen-

handel fordern, durch die in erster Linie die heimische Industrie mit Rohstoffen versorgt wird.

Ich weiß schon, daß es einfach ist, gegenwärtig zu erklären, es kommt kein Rohstoff und kein Halbzeug über die Grenzen Österreichs. Wenn die österreichische Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft eingebaut ist, wird sie auch manchmal Rohstoffe und Halbfabrikate ausführen müssen, um ebenfalls Rohstoffe und Halbfabrikate hereinzubringen. *(Abg. Machunze: Zur Sache! — Abg. Geisslinger: Reden Sie doch über die Volksdeutschen!)* Aber das ist es eben: Rohstoffe und Halbfabrikate ausführen und oftmals Ramschware dafür einführen, das sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit, und das sind auch die Ursachen jener Maßnahmen, die zur Schaffung dieses Gesetzes geführt haben, und nicht zuletzt werden es auch die Volksdeutschen sein, die bei dieser Wirtschaftspolitik ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Es gehört daher vollkommen zur Sache, wenn man über die Ursachen der Verbreiterung der Arbeitslosigkeit spricht. Das ist einmal das Wirtschaftspröblem in unserem Land. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich verweise Sie zum Beispiel darauf, daß wir eine Reihe wertvoller Rohstoffe ausführen. Wir führen Zellwolle aus, wissen aber, daß unsere Textilindustrie Mangel an Zellwolle hat. Wir führen Zellulose aus, wissen aber, daß unserer Zellwolleproduktion die Zellulose fehlt. *(Abg. Machunze: Zur Sache!)* Wir führen Rohstahl und Profileisen aus, wir führen alles das aus, was unsere eisenverarbeitende Industrie in der Steiermark, in Niederösterreich und in anderen Industriegebieten sehr notwendig braucht, und weil sie diese Dinge nicht in genügendem Maße hat, ist sie zum Abbau der Arbeitskräfte gezwungen. *(Abg. Geisslinger: Die Ursache liegt in den Volksdemokratien, wo man die Volksdeutschen hinausgeworfen hat! — Abg. Altenburger: Warum sind die Volksdeutschen denn hier in Österreich?)* Herr Kollege Altenburger, vielleicht kommen Sie herauf *(andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP — der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen)* und erzählen uns etwas über die Ursachen der Arbeitslosigkeit der Volksdeutschen, damit wir Ihnen dann auch die Antwort geben. Ich sehe nicht ein, warum Sie so nervös werden, wenn man über die Ursachen dieser Wirtschaftspolitik spricht. Ich weiß schon, daß Ihnen das unangenehm ist. Aber das wird mich nicht hindern, diese Ursachen aufzuzeigen. Eines, meine Damen und Herren, ist klar: Die steigende Arbeitslosigkeit in Österreich hängt mit der verfehlten Wirtschaftspolitik zusammen.



1808 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

Gewiß sind auch die Vorgänge auf dem Weltmarkt und in der Weltwirtschaft einflußnehmend auf die Geschehnisse der österreichischen Wirtschaft und des Wirtschaftslebens. (*Abg. Altenburger: Warum sind denn die Volksdeutschen hier?*) Aber die Dinge so einfach zu nehmen und zu sagen, Korea allein ist schuld (*Zwischenrufe*), der Weltmarkt, die weltwirtschaftlichen Verhältnisse sind schuld, bei uns ist alles in bester Ordnung — dieses einfache Rezept können wir Abgeordnete des Linksblocks nicht zur Kenntnis nehmen. Auch hier in Österreich gibt es große Fehlerquellen; und es müßte in Österreich trotz Korea und trotz Veränderungen der weltwirtschaftlichen Vorgänge lange nicht so schlecht bestellt sein, wie es derzeit ist. (*Andauernde Zwischenrufe*.) Sie können mich zwar mit Ihrer Nervosität hier unterbrechen, aber den Gang der Ereignisse in Österreich können Sie mit Zwischenrufen nicht beseitigen. Die können nur beseitigt werden durch entsprechende positive produktive Wirtschaftsmaßnahmen. Das wollte ich im Zusammenhang mit dieser Gesetzesvorlage gesagt haben.

Die steigende Bedeutung der Notstandshilfe ist der Ausdruck sicherlich teils der Vorgänge in der Weltwirtschaft, aber auch der Ausdruck einer verfehlten Staats- und Wirtschaftspolitik. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit vernichtet den Blütenzauber einer Scheinkonjunktur. (*Abg. Weinberger: Kein Schamgefühl haben die Herren! Kollege Honner, Sie sollten nicht lachen! Sie haben die Leute hinausgeschmissen! — Andauernde Zwischenrufe.*)

**Präsident:** Zum Wort gelangt der Herr Abg. Neuwirth. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Das Wort hat der Herr Abg. Neuwirth. Ich bitte, das zu beherzigen. (*Abg. Altenburger: Wer hat die Schuld an der Anwesenheit der Volksdeutschen in Österreich?*)

Herr Abg. Altenburger, ich rufe Sie zur Ordnung!

Der Herr Abg. Neuwirth hat das Wort, und ich bitte, ihn bei seinen Ausführungen nicht zu stören.

**Abg. Neuwirth:** Hohes Haus! Zum Unterschied vom Herrn Abg. Elser möchte ich hier keinen Streifzug durch alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme Österreichs unternehmen; ich kann mir den Vorgang psychologisch nur so erklären, daß der Herr Abg. Elser sonst keine Gelegenheit und auch nicht das nötige Forum hat, um seine Meinung und seine Weisheiten darzutun. Zum Unterschied von Herrn Abg. Elser erheben wir auch keinen Anspruch auf die Verleihung einer Anerkennungsurkunde seitens

der Volksdeutschen für die Verdienste, daß diese Regierungsvorlage hier zustande gekommen ist. Das Problem ist nämlich viel zu ernst. Es muß sich nämlich jede verantwortungsbewußte Regierung mit diesem ernstesten Problem von selbst beschäftigen, ohne daß es erst der Anwendung eines gewissen politischen Parteienproporz bedarf. Darauf sind die Volksdeutschen auch gar nicht neugierig. Es ist, glaube ich, zunächst den Volksdeutschen selbst zuzuschreiben, daß wir uns hier im Parlament mit ihren Problemen so intensiv beschäftigen. Sehr zu bedauern ist es nur, daß dieses schwerwiegende Problem so stückweise behandelt wird, daß die feierlichen Versprechungen, die immer wieder gegeben werden, nicht oder nur sehr zögernd eingelöst werden.

Erst im Jänner dieses Jahres haben sich Kreise der Volksdeutschen in Salzburg zu einer Tagung zusammengefunden, und ich werde mir erlauben, Ihnen aus dem Munde eines Vertreters der Volksdeutschen deren derzeitige Meinung über die Behandlung ihrer Probleme darzulegen.

Namens der Zentralberatungsstelle Salzburg der Volksdeutschen sprach ein Professor Dr. Patscheider (*Abg. Machunze: Ach du meine Güte!*), der erwähnte, daß die österreichischen Bischöfe auf ihrer Herbsttagung den Kernpunkt des Problems mit der Feststellung getroffen hätten, daß die Heimatvertriebenen sich vogelfrei fühlen mußten, solange sie als Menschen minderen Rechtes behandelt wurden. Es fehlte eine Rechtsordnung, welche ihrer Deklassierung ein Ende bereiten könnte. Entgegen den Empfehlungen der Salzburger Flüchtlingskonferenz der Ökumene habe man sich in Wien dafür entschieden, das Problem stückweise zu behandeln. Beim langsamen Fortgang der Einbürgerungen, wobei ein „parteipolitisches Filter“ — wie in Österreich üblich — gehandhabt werde, und beim Fehlen umfassender Auswanderungsmöglichkeiten drohe die bittere Lage minderen Rechtes für Hunderttausende und damit auch das Gefühl der Deklassierung noch lange Zeit fortzudauern.

Dies die Meinung eines Betroffenen selbst, der gewiß im Namen vieler tausender gesprochen hat.

Wir begrüßen bei der heutigen Regierungsvorlage den ersten Schritt, der getan wurde, eine geeignete Formulierung zu finden, um künftighin das Problem generell lösen zu können. Erstmals in einem Gesetze der zweiten Republik wird in Österreich eine unseres Erachtens gute Formulierung getroffen. Sie lautet: Personen deutscher Sprachzugehörigkeit (Volksdeutsche), die staatenlos



## 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951. 1809

sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, erhalten unter den gleichen Voraussetzungen wie österreichische Staatsbürger dieses oder jenes Recht. Das ist eine Formulierung, die unseres Erachtens in Hinkunft für die sozialrechtliche und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Volksdeutschen mit den österreichischen Staatsbürgern ohne weiteres angewendet werden kann.

Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auf einige besondere Härten hinzuweisen, die heute noch für die Volksdeutschen in Österreich gegeben sind. Es fehlt unter anderem eine einheitliche Regelung der Aufenthaltsbewilligungen. Ansuchen um Aufenthaltsbewilligungen müssen mit 25 S und mit einem 4 S-Stempel belegt werden — für viele ein außerordentlich hoher Betrag. Es wird heute noch bei Ansuchen um Staatsbürgerschaftsverleihungen eine Verzichtserklärung auf jedweden Fürsorge-, Renten- und sonstigen Anspruch gefordert. Überdies ist die Handhabung seitens der Arbeitsämter ebenfalls noch so, daß manchmal hier in Österreich den Volksdeutschen in einer etwas verletzenden Art begegnet wird.

Aber nicht nur Ämter und Behörden, sondern auch Körperschaften, wie etwa der Österreichische Gewerkschaftsbund, betrachten die Volksdeutschen vielfach noch als vogelfrei und als Freiwild. Unter uns sitzt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, Nationalrat Olah. Diese Gewerkschaft hat im November vorigen Jahres ein Rundschreiben über die Reihenfolge von Entlassungen erlassen. Dieses Rundschreiben — ich bitte es verlesen zu dürfen — lautet:

„Mit Eintritt der schlechten Jahreszeit werden viele Firmen wieder einen Teil ihrer Arbeiter vorübergehend entlassen. Unsere Mitglieder haben sich in den vergangenen zwei Wintern mit Recht darüber beschwert, daß sie entlassen wurden und daß unorganisierte Arbeiter in vielen Fällen in den gleichen Betrieben weiterbeschäftigt wurden. Die Betriebsräte und Vertrauensmänner werden darauf zu achten haben, daß bei Entlassungen nach folgendem Grundsatz vorgegangen wird: in erster Linie sind die Unorganisierten zu entlassen (*Hört! Hört!-Rufe bei den Unabhängigen*); dann sind die Ausländer und die ihnen Gleichgestellten zu entlassen (*Abg. Doktor Herbert Kraus: In einem Rechtsstaat!*), und in letzter Linie erst sollen die österreichischen organisierten Kollegen entlassen werden. Daß nach diesem Grundsatz die notwendigen Lösungen von Arbeitsverhältnissen vorgenommen werden, sollte eigentlich für die Unternehmer, zumindest wenn sie mit der Gewerkschaft gut auskommen wollen, sowie

für unsere Betriebsfunktionäre, also unsere Betriebsräte, selbstverständlich sein, was jedoch in den letzten zwei Jahren nicht immer der Fall war.“

Sehen Sie, in diesem Rundschreiben wendet sich eine Gewerkschaft gegen ihre organisierten Mitglieder! Denn, Herr Nationalrat Olah, Sie wissen ganz genau, daß die Volksdeutschen so wie alle anderen Arbeiter — speziell auf den Baustellen — ebenfalls Mitglieder des Gewerkschaftsbundes sind. (*Abg. Olah: Dann lesen Sie das genauer, Herr Abgeordneter! Sie können nicht lesen, oder Sie verstehen es nicht!*) Doch! Denn Sie schreiben: „in erster Linie die Unorganisierten“, und in zweiter Linie „die Ausländer und die ihnen Gleichgestellten“. (*Abg. Olah: Wenn die Volksdeutschen organisiert sind, sind sie keine „Unorganisierten“!*) Wir wissen genau, wie dieses Rundschreiben auszulegen ist. (*Abg. Lackner: Warum schützen Sie Schmarotzer? — Abg. Dr. H. Kraus: Hört! Hört! Schmarotzer! Wir werden uns das merken!*) Wir werden uns diese Ausdrücke sehr gut merken. Sie geben damit Ihre wahre Meinung kund. Und die Meinung, die Sie nach außen vertreten, die vertreten Sie nur mit einer gewissen Maske. Hier reißen wir Ihnen eben diese Maske vom Gesicht! (*Abgeordnete Rosa Jochmann: Reden Sie nicht von Maske! — Weitere Zwischenrufe.*)

Und nun einige Forderungen der Volksdeutschen in sozialrechtlicher Hinsicht: In erster Linie verlangen die Volksdeutschen eine generelle und nicht stückweise arbeitsrechtliche Gleichstellung, in zweiter Linie — und damit im Zusammenhang stehend — die Zuerkennung der Pensionen und Renten, so etwa, wie wir es heute im Gegenseitigkeitsvertrag mit der Schweiz gesehen haben, wie bereits mit Italien ein Gegenseitigkeitsvertrag besteht, wie er voraussichtlich mit Deutschland kommen muß. Aber mit den Volksdeutschen kann man keinen Gegenseitigkeitsvertrag abschließen, weil die Volksdeutschen ja heimatlos sind und keinen Heimatstaat mehr haben. (*Abg. Rosa Jochmann: Es ist Ihre Schuld, daß sie heimatlos sind! — Gegenrufe beim KdU. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ergo dessen ist es die Pflicht der Regierung, die Volksdeutschen zumindest gleich zu behandeln. (*Abg. Geisslinger: Die Völkerwanderung hat mit dem „geliebten Führer“ begonnen! — Lebhaftige Zustimmung. — Abg. Weikhart: Die Ursache ist der Hitler gewesen! — Abg. Dr. Kraus: Macht es Euch doch nicht so billig! — Zwischenruf des Abg. Horn. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Horn, vor zehn Minuten haben wir etwas anderes gehört.

1810 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

Ich glaube, die Ursache liegt hier, wenn Sie es noch nicht begreifen sollten. Wir verlangen schließlich auch die Zuerkennung von Invalidenrenten an die volksdeutschen Kriegsversehrten. Es ist unsere vordringlichste Pflicht, diesen Opfern zu helfen.

Wir geben nur der Hoffnung Ausdruck, daß die österreichische Regierung endlich einmal des Problems der Volksdeutschen Herr wird, damit sie mit gutem Recht von sich sagen kann, daß sie eine der sozialsten Regierungen in Europa ist. *(Beifall beim KdU. — Abg. Geisslinger: Auch ohne Ihre Mithilfe! — Abg. Dr. Kraus: Wir sagen nach den Wahlen dasselbe wie vorher! Wir versprechen nicht, was wir nicht erfüllen! — Weitere lebhaft Zwischenrufe.)*

Abg. Machunze: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt zwei Reden zu dem Problem der Notstandshilfe für Volksdeutsche gehört. Zunächst einmal hat der Herr Abg. Elser erklärt, dieses Gesetz gehe auf einen Antrag des Linksblocks zurück. Ich möchte einmal wissen, wo etwas in der Welt, was gut und richtig ist, nicht auf die Initiative der Kommunisten zurückgehen würde. *(Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP.)* Der Abg. Elser hat dann weiter von allen möglichen Dingen geredet, die mit dem Gesetz und mit der Materie in keiner Weise in Zusammenhang stehen. Er hat von der Wirtschaftslage gesprochen, von der Handelspolitik usw. usw. Er hat aber auch davon gesprochen, daß man in Österreich, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, an die Einführung eines Arbeitsjahres denke. Anderswo, Herr Abg. Elser, braucht man nicht an die Einführung eines Arbeitsjahres zu denken, denn dort hat man die Zwangsvermittlung und verschiebt die Menschen einfach dorthin, wo man sie braucht. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Geisslinger: Das weiß er nicht!)* Der Abg. Elser möge sich einmal daran erinnern: Wer hat denn das vollendet, was Adolf Hitler und seine Trabanten begonnen haben? Adolf Hitler nahm die ersten Aussiedlungen und Umsiedlungen vor, und die Kommunisten waren es, die in allen Ländern die Austreibungen vorgenommen haben.

Ich bin selber ein Ausgetriebener, und, Herr Abg. Honner, Sie sind ein Sohn des Böhmerwaldes. Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Honner, haben Sie nur ein klein wenig Schamgefühl in Ihrem Herzen? Wenn ja, dann müßten Sie dieses Elend, das über die Menschen gekommen ist, zutiefst bedauern. *(Abg. Honner: Aber Sie mit Ihrer Heim-ins-Reich-Politik haben das verursacht!)* Ich habe

nie „Heim ins Reich“ gerufen, Herr Abg. Honner! Und selbst wenn jemand politische Fehler gemacht hat, dann darf man ihm deswegen nicht das ehrlich erworbene Gut und die Heimat rauben. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Koplenig.)*

Herr Abg. Koplenig, vor ein paar Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß in Italien zwei kommunistische Abgeordnete aus ihrer Partei ausgetreten sind, weil sie den dauernden Verrat der Parteiführung nicht mitmachen können. *(Abg. Koplenig: Durch Ihre Presse vielleicht!)* Wenn die österreichischen Kommunisten noch ein klein wenig Ehrgefühl hätten, dann müßten sie zur Frage der Heimatvertriebenen anders reden, als das hier vom Herrn Abg. Elser geschehen ist. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Koplenig: Wir haben nicht zweimal Österreich verraten! — Abg. Doktor Pittermann: Aber verlassen! — Zustimmung und Heiterkeit. — Abg. Koplenig: Wir haben nicht freudigen Herzens mit Ja gestimmt! — Stürmische Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Koplenig: Wer hat Österreich an Mussolini verraten? — Erneute Gegenrufe. — Abg. Koplenig: Und wer hat freudigen Herzens mit Ja gestimmt?)* Die Heimatvertriebenen nicht! *(Heftige Unruhe. — Abg. Weikhart: Sie waren zu feige, um hier zu bleiben! — Abg. Koplenig: Sie sind hier geblieben und haben ja gesagt! — Ruf bei der SPÖ: Und Sie sind nach Moskau gegangen! — Weitere lebhaft Zwischenrufe.)*

Präsident: Herr Abg. Koplenig! Ich bitte! *(Andauernde heftige Unruhe und Zwischenrufe.)*

Abg. Machunze *(fortsetzend)*: Hier haben Sie den besten Beweis dafür, daß sich fünf Leute in diesem Haus schuldig fühlen an dem Unglück, das 300.000 in Österreich lebende Menschen betroffen hat *(Zustimmung bei der ÖVP)*, denn nur wer sich schuldig fühlt, der versucht, von anderen Dingen zu reden, damit die Wahrheit nicht erkannt werde. *(Erneute Zustimmung. — Abg. Scharf: So wie Sie!)*

Nun muß ich ein paar Worte zu dem sagen, was der Herr Abg. Neuwirth erklärt hat. Auf das, was Dr. Patscheider in Salzburg gesagt hat, werde ich dann noch eine Antwort geben. Es freut mich, daß der Herr Abg. Neuwirth einmal mit der Formulierung des vorliegenden Gesetzes einverstanden ist, die in langwierigen Verhandlungen gefunden wurde. Er hat dann davon gesprochen, daß die Frage der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen nicht einheitlich geregelt sei. Herr Abg. Neuwirth, Sie sind schlecht informiert! Am 1. Dezember 1950 hat das Bundesministerium

für Inneres alle Sicherheitsdirektionen angewiesen, den Volksdeutschen die Aufenthaltsbewilligung bis auf Widerruf zu erteilen. Das gilt einheitlich vom Bodensee bis zum Neusiedlersee. (*Abg. Dr. Pfeifer: Aber gemacht wird es nicht! — Abg. Dr. Herbert Kraus: Das wird aber nicht eingehalten!*) Ich bitte den Herrn Abg. Kraus, jene Fälle namentlich zu nennen, wo heimatvertriebene Volksdeutsche seit dem 1. Dezember 1950 um die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung angesucht und diese nicht erhalten haben. (*Abg. Dr. Kraus: Gerne!*)

Der Herr Abg. Neuwirth hat in diesem Zusammenhang erklärt, daß bei Einbürgerungen noch immer eine Verzichtserklärung verlangt werde. Das bedauern wir. Aber selbst wenn die Verzichtserklärung verlangt wird, Herr Abg. Neuwirth, müssen Sie gerecht sein und sagen: Auf was muß der Einzubürgernde verzichten? Zunächst auf Rechte, die er in einem anderen Staat, also in seinem früheren Heimatstaat, erworben hat. (*Abg. Neuwirth: Eben nicht!*) Mit der Verzichtserklärung verzichtet er auf keinerlei Rechte, die er sich nach dem österreichischen Gesetz erworben hat und die im österreichischen Gesetz festgelegt sind. (*Widerspruch des Abg. Neuwirth. — Unruhe.*) Sagen Sie mir, wo es anders ist. Ich bedaure den Verzichtsevers, aber ich muß sachlich feststellen, was richtig ist. Das können Sie nicht bestreiten, daß es so ist, Herr Abg. Neuwirth.

Nun lassen Sie mich noch einige Dinge sagen, von denen ich glaube, daß sie gesagt werden müssen. Vor zehn Monaten haben wir im Hohen Hause eine Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz beschlossen, die einen Schönheitsfehler hatte. Sie sah vor, daß der Volksdeutsche 156 Wochen Beschäftigungszeit nachweisen mußte. Sie werden sich erinnern, daß ich damals bedauert habe, daß diese 156 Wochen im Gesetz stehen, und erklärte, daß wir diesen Schönheitsfehler beseitigen werden. Heute sind wir nun so weit. Aber wir haben nicht nur diesen Schönheitsfehler beseitigt, sondern der Flüchtlingsbeirat, über den gerade in der Presse des VdU soviel gelästert wird, hat es durchsetzen können, daß nicht nur eine einfache Novellierung, sondern ein eigenes Gesetz geschaffen wird, in dem einmal ausdrücklich gesagt wird, daß die heimatvertriebenen Volksdeutschen diesen gesetzlich fundierten Rechtsanspruch haben. Ich freue mich über diesen Fortschritt besonders deshalb, weil damit eine alte Forderung der Österreichischen Volkspartei verwirklicht wurde, die immer wieder gesagt hat: Öffnen wir die Tür, stellen wir die Heimatvertriebenen den Staatsbürgern gleich! Mein

Parteifreund Weinberger hat anlässlich der Oktoberunruhen erklärt: „Wir wollen endlich dafür sorgen, daß die Altösterreicher, wie wir sie nennen wollen, hier bei uns in Österreich eine dauernde Heimat finden.“

In den letzten Wochen ist es bei der Presse des Linksblocks Mode geworden, fast täglich von den „armen Flüchtlingen“ zu schreiben. Damit meint man hoffentlich nur diejenigen, die mit dicken Brieftaschen über die Grenze gekommen sind und die sich in den Nachtlökalen herumtreiben. Von diesen glaube ich allerdings nicht, Herr Abg. Honner, daß auch nur ein einziger auf die Notstandshilfe angewiesen ist. Aber wir wissen auch, daß es Menschen gibt, die mit dicken Brieftaschen über die Grenze geschickt werden, um ihre dunklen Geschäfte zu treiben. Um diese armen Flüchtlinge, von denen die „Volksstimme“, der „Abend“ usw. schreiben, machen wir uns keine Sorgen (*Abg. Honner: Die genießen Ihre ganz besondere Unterstützung!*), und wir sind damit einverstanden, Herr Abg. Honner, wenn Sie sich alle diese Flüchtlinge dorthin heimnehmen, wo sie hergekommen sind. Kein Österreicher wird um sie trauern.

Aber ich muß auch etwas anderes sagen. Vor einigen Tagen, das heißt, es sind etwa vier Wochen her, war ich irgendwo an der österreichischen Grenze. Ich muß es mir ersparen, hier nähere Angaben zu machen, weil ich die Leute nicht in Gefahr bringen kann. Von dieser kleinen Stadt auf österreichischem Boden aus sieht man hinüber in das Nachbarland. Nur eine Straße trennt die österreichische Stadt von der auf tschechischem Gebiet liegenden. Herüber in der österreichischen Stadt leben die aus der Heimat Vertriebenen, und zwar aus Ihrer Heimat Vertriebenen, Herr Abg. Honner — es war der Böhmerwald, den ich gesehen habe —, in armseligen Baracken und haben täglich vor Augen, wie drüben ihre Häuser zusammenfallen und zu Trümmerhaufen werden.

Verstehen Sie mich! Sie können sagen, daß die Goldfasane Kriegsverbrecher waren, aber, Herr Abg. Honner, wo haben sich diese einfachen, schlichten Bauern aus dem Böhmerwald jemals um die große Politik gekümmert, und wo hat man im Jahre 1945 einen Unterschied gemacht, ob einer deutscher Kommunist, deutscher Sozialdemokrat oder deutscher Katholik war? Man hat damals nur gefragt, welche Muttersprache der Auszuweisende redet. (*Lebhafte Zustimmung bei ÖVP und SPÖ.*) Das waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit! Und diese Verbrechen verteidigen Sie auch heute noch! Wir aber haben

1812 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

den Mut, zu sagen, daß es Verbrechen waren, weil Verbrechen immer Verbrechen bleiben werden, unter welchem Vorzeichen sie auch geschehen mögen! (*Starker Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Nun muß ich aber noch einige Worte an die Herren auf der ganz rechten Seite richten, die soviel über volksdeutsche Probleme reden. (*Andauernde erregte Zwischenrufe des Abg. Koplenig. — Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Koplenig: Sie haben sich nachher bereichert! — Ruf bei der ÖVP: Was Ihr gestohlen habt! — Heiterkeit. — Abg. Koplenig: Heute träumen Sie wieder von einem Krieg! — Abg. Marchner: Siehe Korea!*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Vielleicht wollen wir uns wieder daran erinnern, daß wir im Parlament sind!

**Abg. Machunze** (*fortsetzend*): Ich habe vor mir ..... (*Andauernde Zwischenrufe.*)

**Präsident** (*neuerlich das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte endlich um Ruhe! Wir sind doch in keiner Wählerversammlung.

**Abg. Machunze** (*fortsetzend*): Ich habe hier vor mir eine Zeitschrift, die nicht in Österreich, sondern in der Schweiz erscheint und die mein Freund Dr. Bock vor einiger Zeit hier zitiert hat. Der Herr Abg. Stüber schreibt darin in einem Artikel unter dem Titel „Heimatlos — und rechtlos dazu? Das Problem der Volksdeutschen in Österreich.“ Man sollte nun annehmen, daß ein österreichischer Nationalrat, wenn er über ein Problem schreibt, dieses wenigstens kennt (*Abg. Marchner: Und es versteht!*) und daß er, wenn er dann in einer ausländischen Zeitung darüber schreibt, dort wenigstens bei der Wahrheit bleibt. (*Zwischenrufe.*) Der Herr Abg. Stüber schreibt von einem Inlandsarbeiter-Schutzgesetz, das der sozialistische Innenminister Helmer habe ausarbeiten lassen. Nun, soweit mir bekannt ist — und ich bin genau so lang Mitglied des Hohen Hauses wie der Herr Abg. Stüber —, wäre zur Ausarbeitung eines solchen Gesetzes der Sozialminister, nicht aber der Innenminister zuständig. (*Abg. Geisslinger: Das lernt er schon noch! — Zwischenruf des Abg. Dr. Kraus. — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Der Herr Abg. Stüber schreibt dann (*liest*): „Es ist eine einmalige Groteske, daß man in Österreich zu einer Zeit, als jede Hand für den Wiederaufbau des Landes gebraucht wurde, hunderttausende Hände von Amts wegen zum Feiern zwang. Was Österreich dadurch an wirtschaftlichem Potential für die Zukunft entgangen ist, kann nicht annähernd geschätzt werden. Man denke zum Beispiel bloß an die Gablonzer Glashütten-Industrie (*Abg. Dr.*

*Kraus: Das stimmt auch!*), die bei nur einigem guten Willen und Entgegenkommen dem Lande zu erhalten gewesen wäre.“ (*Abg. Dr. Kraus: Das stimmt auch!*)

Nun, Herr Abg. Kraus, jetzt haben Sie den Zwischenruf „Das stimmt auch!“ gemacht. Aber dazu darf ich Ihnen sagen, daß der Herr Abg. Stüber von der Gablonzer Industrie nichts versteht, denn wenn man von den Gablonzern spricht, dann kann man nicht gleichzeitig von der „Gablonzer Glashütten-Industrie“ sprechen, da die Gablonzer Industrie etwas wesentlich anderes als die Glashütten ist. Wenn Sie den Unterschied noch nicht kennen sollten, dann empfehle ich Ihnen, einmal die Glashütten in Kufstein, in Ischl und in Linz zu besuchen, die von Volksdeutschen aufgebaut wurden und in denen Volksdeutsche arbeiten. Wenn Sie die Gablonzer Industrie kennen lernen wollen, dann empfehle ich Ihnen außerdem, nicht bloß in Wien an den Schmuckwarengeschäften vorbeizugehen, sondern einmal nach Enns in die Alpenjägerkaserne oder nach Losensteinleithen zu fahren. (*Lebhafte Zwischenrufe beim KdU. — Der Präsident gibt abermals das Glockenzeichen.*)

Die Gablonzer Glasindustrie ist für Österreich ein Positivum. Sie hat im vergangenen Jahr 30 Millionen an Devisen eingebracht. Das ist in diesem Zusammenhang allerdings nicht wesentlich.

Ich will damit nur dokumentieren, Hohes Haus, daß die Gablonzer Glasindustrie sehr wohl in Österreich eine Heimat fand, zwar nicht in dem Maße, wie wir es alle gewünscht hätten, aber daß sie da ist und daß man nicht sagen kann, die Gablonzer seien aus Unvernunft vertrieben worden. (*Abg. Dr. Kraus: Aber genug sind von jenen ausgewiesen worden, die wir gut hätten brauchen können!*) Herr Abg. Kraus, wir wollen nur untersuchen, wer sie ausgewiesen hat. (*Abg. Dr. Kraus: Und Sie sind zufrieden mit dem, was Sie erreicht haben?*) Ich weiß genau, wer 1945 und 1946 die Leute ausgewiesen hat. Fragen Sie, wie es damals in der Ostzone war! Fragen Sie, und Sie werden erfahren, daß man hier die Leute wie wilde Tiere zusammengefangen und in ein Durchgangslager geschleppt hat, daß die Leute Angst hatten, in Linz und Enns sitzen zu bleiben, und daher nach Deutschland weitergingen. Dafür können Sie keine österreichische Behörde verantwortlich machen.

Der Herr Abg. Kraus hat eben gefragt, ob wir mit all dem zufrieden seien, was erreicht wurde. Auch darauf eine ganz offene Antwort, meine Damen und Herren! Ich weiß, daß bei den Arbeitsämtern manches nicht stimmt. (*Abg. Dr. Kraus: Also doch!*) Ich weiß, daß wir mit den Gewerkschaften Verhandlungen

haben, aber wir werden die Verhandlungen zu Ende führen (*Abg. Dr. Kraus: Nach dem Proporz!*) und, wie ich hoffe, zu einem guten und für die Volksdeutschen erträglichen Ende. Wir werden eine Einigung erzielen.

Der Flüchtlingsbeirat hat sich schon bewährt, wenn er auch keine Wunder wirken kann, aber das können Sie übrigens auch selber nicht. (*Abg. Neuwirth: Ihr macht weniger als Wunder! — Abg. Dr. Kraus: Sagen Sie das nur Ihren Leuten!*)

Ich weiß, daß wir in der Rentenfrage noch viele ernste Sorgen haben. Es wäre schön, wenn man jetzt hergehen und sagen könnte, die Renten müssen bezahlt werden. Jawohl, sie werden eines Tages bezahlt werden. (*Abg. Dr. Kraus: Hört! Hört!*)

Nun möchte ich noch ein paar Worte an den Herrn Abg. Elser richten. Er hat vor einiger Zeit unseren Freund Altenburger eingeladen, nach Prag zu fahren. Herr Abg. Elser, fahren Sie doch nach Prag und Berlin und bringen Sie die Millionen mit, welche die deutschen Heimatvertriebenen drüben in der Sozialversicherung eingezahlt haben! Bringen Sie sie doch mit! (*Starker Beifall bei der Volkspartei und den Sozialisten.*) Bringen Sie sie mit, und wir werden diesen armen Teufeln sofort wenigstens einen bescheidenen Rentenvorschuß geben können. (*Zwischenrufe beim Linksblock.*) Österreich wird dann von sich aus einen Teil beitragen. (*Abg. Honner: Hitler hat diese Millionen schon längst in wertlose Kriegsanleihepapiere umgewandelt!*) Selbst wenn es so wäre, sage ich folgendes: Österreich ist unter gewissen Umständen bereit, wenn jemand die österreichische Staatsbürgerschaft erreicht hat, Rentenvorschüsse in bescheidenem Ausmaß auszuzahlen. Die österreichischen Sozialversicherungsträger verlangen — und das ist ihr gutes Recht, das müssen sie verlangen — nur einen Nachweis darüber, wie hoch die Rente wäre, wenn der Betreffende beispielsweise in der Tschechoslowakei leben würde. Bis vor einem halben Jahr hat die Tschechoslowakei diese Rentenbescheide gegeben, seither werden sie einfach nicht mehr ausgefolgt. (*Abg. Dr. Pittermann: Jetzt hat sie der Gottwald in Kriegsschuldverschreibungen umgewandelt!*) Österreich kann keine Rentenvorschüsse auszahlen, weil Prag sich weigert, Rentenbescheide auszustellen. Meine Herren vom Linksblock, ein erfolgreiches Betätigungsfeld für Sie, hier die Verhältnisse zu ändern! (*Abg. Koplenig: Figl und Schärj sollen hinfahren! — Abg. Weinberger: Ein schlechter Tag für Euch, Ihr blamiert Euch ununterbrochen!*)

Nun eine andere Schwierigkeit, Herr Abg. Kraus! Damit Sie nicht glauben, ich

kenne diese Schwierigkeiten nicht. Ich kenne sie und ich weiß, daß sich in den letzten Wochen und Monaten hinsichtlich der Einbürgerungsfrage gewisse Versteifungen bemerkbar gemacht haben. Im Wiener Rathaus und bei den Landesregierungen liegen tausende Gesuche von Leuten, die sich als Österreicher fühlen, die hier die Staatsbürgerschaft erwerben wollen. Wenn hier Versteifungen eintreten sind, dann bedauern wir das zutiefst aber man muß fragen: Warum ist das so?

Der Abg. Neuwirth hat die Salzburger Tagung erwähnt. Dort hat der Herr Dr. Patscheider erklärt, der Flüchtlingsbeirat in Wien behandle die Einbürgerungsansuchen nur nach Parteigrundsätzen. (*Abg. Dr. Kraus: Ja!*) Herr Abg. Kraus, darf ich Ihnen sagen, daß der Flüchtlingsbeirat überhaupt keine Einbürgerungsansuchen behandelt; denn die Einbürgerungsansuchen werden von den Landesregierungen und vom Innenministerium behandelt. (*Starker Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kraus: Befürwortet!*) Ich weiß also nicht, wie der Flüchtlingsbeirat dazu kommt, Staatsbürgerschaftsansuchen zu behandeln. (*Abg. Dr. Kraus: Der Flüchtlingsbeirat ist das Proporzinstrument!*) Als die Salzburger Landesregierung den Herrn Dr. Patscheider aufmerksam machte, daß es in Salzburg bei den Einbürgerungen keinen Proporz gibt, Herr Abg. Kraus (*Zwischenrufe und Gegenrufe*)...

Präsident Böhm (*der unterdessen den Vorsitz übernommen hat, das Glockenzeichen gebend*): Aber ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abg. Machunze (*fortsetzend*): ... sondern daß nach sachlichen Gesichtspunkten eingebürgert wird, hat sich der Herr Dr. Patscheider sofort erinnert: Es gibt ja einen Flüchtlingsbeirat, und dieser Flüchtlingsbeirat war nun plötzlich der Sündenbock für diese Leute in Salzburg. (*Abg. Dr. Kraus: Ist er auch! Laßt die Volksdeutschen selber wählen, wen sie wollen! Nicht von oben her!*) Darf ich Ihnen, Herr Dr. Kraus ... (*Erneute lebhaftes Zwischenrufe.*)

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren, es hat doch keinen Zweck, wenn Sie den Redner ständig unterbrechen.

Abg. Machunze (*fortsetzend*): Passen Sie auf, ich werde Ihnen gleich folgendes sagen: Einer der sogenannten „Sprecher“, der Herr Dr. Georg Goldschmidt, schreibt in einer volksdeutschen Zeitung, Nr. 51/52, von 1950 (*liest*): „Wir haben eingangs schon darüber berichtet, daß die Alliierten, nach den Darstellungen des österreichischen Regierungsvvertreters am Salzburger Flüchtlingskongreß,

1814 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

das Problem“ — nämlich das Volksdeutschenproblem — „de facto bereits 1947 Österreich überantwortet haben.“ Mir war neu, daß der österreichische Regierungsvertreter bei dem Flüchtlingskongreß eine solche Erklärung abgegeben haben sollte. Daraufhin habe ich dem Herrn Dr. Goldschmidt geschrieben. Er hat sich ja voriges Jahr im Sommer als der „Sprecher der Donauschwaben“ bezeichnet und vom Brautwerber, der nach Wien kam, und dergleichen gesprochen. Ich habe ihn gebeten, er möge mir die Unterlagen geben, falls der österreichische Regierungsvertreter eine solche Erklärung abgegeben haben sollte. Er hat sie mir nicht gegeben, sondern nur im „Neuland“ geantwortet. (Abg. Weikhart: Herr Kraus, gehen Sie in Deckung! Eine moralische Ohrfeige ist unterwegs! — Schallende Heiterkeit.) (Liest): „Die am Salzburger Flüchtlingskongreß zu Beginn 1950 abgegebenen Erklärungen des Herrn Ministerialrates Dr. Alfons Just, als Beauftragter der Bundesregierung, besagen laut ‚Salzburger Bericht‘ ..., daß die Alliierten hoffen, daß Österreich die Lage selbst erkennen und sich entgegenkommenderweise spontan bereit erklären werde, die Volksdeutschen zu behalten.“ Hier steht, die Alliierten hätten erklärt, Österreich solle es machen, und hier wiederum steht, die Alliierten hoffen, Österreich werde es tun. Man muß auch den Mut haben, den Volksdeutschen die Wahrheit zu sagen, Herr Abg. Kraus und Herr Abg. Neuwirth. (Abg. Dr. Pittermann: Dann kann man keine Geschäfte mehr machen!) Und diese Wahrheit sieht heute zum Beispiel in Österreich immer noch so aus, daß es die Besatzungsmacht in zwei Bundesländern nicht gestattet, daß Volksdeutschen Aufenthaltsgenehmigungen erteilt werden. Aber vielleicht ist es nicht unwesentlich, zu wissen, daß inzwischen der Schreiber dieser Artikel nach Südamerika, in sichere Gefilde, abgereist ist. (Zwischenrufe.)

Man hat es leicht, Herr Abg. Kraus, erst den Leuten das Blaue vom Himmel zu versprechen und sich dann von der Schweizer Europahilfe die Überfahrt nach Südamerika bezahlen zu lassen. Die armen Teufel, die man vorher enttäuscht hat, bleiben ja weiter in den Flüchtlingslagern, in den Notunterkünften und in den Baracken. So ein schändliches Spiel mit den Menschen darf man nicht treiben, wie es hier von gewisser Seite getrieben wird.

Wenn am vergangenen Sonntag in Wien einer der angeblichen Sprecher der Heimatvertriebenen, der Herr Abg. a. D. Hans Wagner aus Südmähren, eine Rede gehalten hat, in der er nicht nur die Regierung, sondern alles,

was in diesem Lande noch einigermaßen auf Ordnung hält, in Grund und Boden verdonnerte, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich die Fronten versteifen. Man darf sich aber auch nicht wundern, wenn man in Österreich ungehalten wird, wenn falsche Situationsberichte in das Ausland geschickt werden und in der ausländischen Presse mit einer geradezu fanatischen Wonne aufgemacht werden und als Stimmungsmache gegen dieses Land dienen sollen. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Damit dient und nützt man den Volksdeutschen keineswegs!

Wir müssen uns bemühen, Hohes Haus, die Dinge sachlich und nüchtern zu sehen, und daher sage ich eines: Wir müssen den Mut haben, den Heimatvertriebenen die Wahrheit über die innere Situation zu sagen. Wir müssen den Mut haben, ihnen zu sagen, was Österreich leisten kann und was über seine Kräfte geht. Ich habe noch immer den Eindruck gehabt — und ich glaube, ich rede mehr vor Volksdeutschen als etwa der Herr Abg. Neuwirth —, daß die Leute für ein offenes Wort dankbar und aufgeschlossen sind, wenn sie die Überzeugung haben, daß es aus einem ehrlichen Herzen kommt. Die Leute wollen keine Phrasen hören und auch keine leeren Versprechen; darauf sind sie nicht neugierig.

Wir betrachten das Gesetz, über das wir jetzt abstimmen sollen, als einen wesentlichen Schritt zur Eingliederung der deutschsprachigen Heimatvertriebenen in den österreichischen Sozial- und Wirtschaftskörper. Wir von der Österreichischen Volkspartei werden tun, was in unseren Kräften steht, um dieses schwierige soziale, dieses schwierige menschliche Problem gerecht zu lösen.

Vielleicht darf ich von dieser Stelle aus noch einen Appell an die Welt richten: Es ist schön, wenn man den Frieden verteidigt, es ist schön, wenn man für den Frieden rüstet, aber wesentlich ist, daß die Menschen sozial befriedet sind, daß sie eine Heimat und daß sie ein festes Dach über ihrem Kopf haben. Von dieser Stelle aus appelliere ich an die Welt, daß sie die Not der heimatlosen Menschen sehen möge — ob diese nun in Deutschland oder in Österreich leben, sie sind alle heimatlos — und daß die Welt nicht nur schöne Worte habe, sondern auch die helfende Hand auf tue. Wir haben Berichte, daß in absehbarer Zeit der Hochkommissar der UNO für das Flüchtlingswesen von Genf nach Österreich kommen soll. Er möge kommen und objektiv beurteilen, was geschehen und was noch nicht geschehen ist. Aber er möge nicht mit leeren Händen kommen, sondern uns auch jene Mittel mitbringen, die

wir brauchen, um unseren Alten zu helfen, um den Obdachlosen ein halbwegs menschenwürdiges Heim geben zu können.

Einen Appell möchte ich aber auch an alle richten, die in diesem Lande guten Willens sind. Ich weiß, daß es sehr viele sind, die guten Willens sind. Ich weiß aber auch, daß es andere gibt, die mir fast jeden zweiten oder dritten Tag einen anonymen Brief oder eine Postkarte schreiben, und mich als „Frechling“, als „lästigen Ausländer“, als „DP-Gesindel“ usw. bezeichnen. Das stört mich nicht. Ich appelliere nur an die, die guten Willens sind, die helfen können und helfen wollen. Wir von der Österreichischen Volkspartei werden diesen Willen immer an den Tag legen.

Ich möchte zum Schluß auch einen Appell an die Opfer der Katastrophe von 1945 richten. Wer in einem Lande etwas haben will, der muß sich vorher positiv zum Land und zu seinen Einrichtungen einstellen (*starker Beifall bei ÖVP und SPÖ*) und nicht nur sinnlose und bössartige Kritik betreiben. (*Abg. Honner: Sie müssen positiv zur ÖVP und ihrer Politik stehen; dann kriegen sie etwas! — Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Herr Abg. Honner, ich bedaure es aufrichtig, daß Sie diesen Appell an alle, die guten Willens sind, nicht begreifen oder nicht begreifen dürfen, weil andere Stellen mit den Volksdeutschen gewisse Absichten und andere Pläne haben. Trotzdem appelliere ich, Hohes Haus, an beide Seiten, an die Österreicher und auch an die Heimatlosen. Je enger wir zusammenfinden und je verantwortungsbewußter wir an dieses Problem herangehen, ohne großes Geschrei, ohne demagogische Forderungen und ohne Ablenkungen von der realen Wirklichkeit (*Abg. Koplenig: Und ohne Kriegshetze!*), um so früher glaube ich daran, daß wir nach diesem Gesetz über die Notstandshilfe auch bald weitere Schritte tun können. Wir von der Österreichischen Volkspartei werden alles tun, um diese weiteren Schritte machen zu können. Die Kriegshetzer aber schenken wir dem Herrn Koplenig und seinen Freunden! (*Starker anhaltender Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.*)

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Mein Vordr. der Herr Abg. Machunze, hat im Laufe seiner Ausführungen Worte des Abscheus und der Verurteilung der entsetzlichen Greuel und Leiden gefunden, die unsere rückgekehrten Blutsbrüder und -schwestern in diesem Lande erdulden mußten, Worte, die nur jeder von uns von ganzem Herzen unterschreiben kann und muß.

Ich glaube aber, es wäre zu dieser Manifestation des Volksempfindens in Österreich doch hier noch einiges zu sagen, nämlich: Warum hat die Österreichische Volkspartei, für die der Herr Abg. Machunze diese herzbewegenden Worte gefunden hat, nicht schon früher, im Jahre 1945, nach Kriegsende und in den folgenden Jahren so gesprochen? (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Machunze: Lesen Sie unsere damaligen Artikel im „Kleinen Volksblatt“!*) Warum hat die Österreichische Volkspartei damals die heimkehrenden Volksdeutschen als so lästig betrachtet, als lästige Heimkehrer, wie heute noch die Kommunisten? Herr Abg. Machunze, warum haben Sie denn nicht meinen Artikel im „Turmwart“, den Sie zitiert und aus dem Sie sich einige Ihnen passende „Weinberln“ herausgeklezelt haben, zur Gänze zitiert (*lebhaftes Zwischenrufe bei der ÖVP*), vor allem die Stelle, wo ich dartue, wie die Regierung und die Österreichische Volkspartei früher über die Volksdeutschen gesprochen haben? Eben deshalb, weil Ihnen das unangenehm ist und Sie es jetzt so haben wollen, als hätten Sie schon immer die Sprache gesprochen, die Sie heute reden. (*Heftiger Widerspruch bei der ÖVP. — Lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*)

Vor kurzer Zeit, meine Herrschaften, war es Ihnen noch unangenehm, das Wort „deutsch“ auch nur in den Mund zu nehmen, selbst in der Verbindung „volksdeutsch“, weil Sie sich dessen geschämt haben. (*Erneuter heftiger Widerspruch bei der ÖVP.*) So sieht die Wahrheit aus. (*Neuerlicher lebhafter Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Für Sie muß sich ein jeder Volksdeutscher schämen! — Abg. Dr. Bock: Der gehört ja hinaus aus dem Haus! — Anhaltende Unruhe.*)

Präsident Böhm: Ich bitte um Ruhe!

Abg. Dr. Stüber (*fortsetzend*): Es ist heute nicht das erste Mal, daß mein Artikel im „Turmwart“ (*Abg. Altenburger: Sie haben vom Blut geredet! — Abg. Geisslinger: Sie haben das Deutschtum geschändet!*) — Herr Abg. Altenburger, ich verzeihe Ihnen viel, denn wir haben Fasching und daher Narrenfreiheit, und das gilt vornehmlich für Sie — in diesem Hause hier zitiert worden ist. Ich muß daher hier diesen Anlaß benutzen, um festzustellen: Der Artikel ist vom Herrn Abg. Dr. Bock in der Budgetdebatte zitiert worden, und er ist falsch zitiert worden (*Widerspruch bei der ÖVP*), so wie Sie in diesem Hause so vieles falsch zitieren. (*Abg. Dr. Bock: Ich habe nicht falsch zitiert! Lügen Sie nicht!*) Das werde ich Ihnen sofort beweisen. (*Neuer-*



1816 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

liche stürmische Zwischenrufe. — Abg. Doktor Bock: Ich lasse mich keinen Lügner nennen! — Abg. Altenburger: Widerlicher Schänder des Deutschtums! Sie Hitlerstiefel! — Weitere Zwischenrufe.)

In meinem Artikel heißt es „die Not der noch ärmer gewordenen, und noch mehr verelendeten heimgekehrten Volkssplitter“. Im stenographischen Protokoll Ihrer Rede heißt es „die Not der noch ärmer gewordenen und mit der Verelendung heimgekehrten Volkssplitter“. Herr Dr. Bock, Sie wollten mir damals mit einem jesuitischen Trick impunitieren, daß ich unter dem „moralisch intakt gebliebenen Volksteil in Österreich“ nur die ehemaligen Nationalsozialisten meine. Es findet sich in diesem Artikel dafür keinerlei andere Handhabe als Ihr böser Wille. (Neuerlicher heftiger Widerspruch bei der ÖVP.)

Präsident Böhmer: Ich habe viel Verständnis für eine lebhaftere Sitzung, aber es scheint mir jetzt genug zu sein. Ich bitte deshalb, den Redner ruhig anzuhören. (Zwischenrufe.) Wenn er über die Schnur schlagen sollte, wird er schon von mir gerügt werden. Bisher ist dies nicht geschehen.

Abg. Dr. Stüber (fortsetzend): Was nun den heute viel zitierten Flüchtlingsbeirat anlangt, so hat der Herr Abg. Machunze als mein Vorredner behauptet, daß dieser Flüchtlingsbeirat nur von den VdU-Blättern so angegriffen und als Fehlkonstruktion bezeichnet worden sei. Auch das ist nicht wahr, denn das Blatt, Herr Abg. Machunze, das Sie selbst in der Hand gehalten haben, als Sie vor mir hier gestanden sind, das Blatt der Volksdeutschen, der Donauschwaben, „Neuland“, das absolut nicht im Verdacht steht, mit dem VdU zu konspirieren, hat die Konstruktion dieses Beirates von allem Anfang an entschieden abgelehnt. Und warum? (Abg. Machunze: Sie müssen nur wissen, warum! Ich weiß warum!) Ich auch, Herr Abgeordneter, weil es sich hier wieder um ein Instrument des Parteiproporzes handelt und weil hier bei diesem Flüchtlingsbeirat dem Wissenden eigentlich alles klar wird. Sie sprechen schon für die Volksdeutschen, oh gewiß, aber für die durch Ihren Parteiproporz gefilterten, nämlich für die ÖVP-Volksdeutschen. (Zwischenruf des Abg. Machunze.)

Wir aber wollen, wie wir bei den Budgetverhandlungen durch den Mund unseres Abg. Pfeifer beantragt haben, die gleiche Behandlung für alle Volksdeutschen haben. Warum wehren Sie sich denn so, Sie Erzdemokrat, dagegen, daß auch die Volksdeutschen ihre Vertretung nach demokratischen Grundsätzen selbst bestimmen, und warum

zwingen Sie ihnen nun ein Instrument auf, das sie selbst nicht haben wollen? (Beifall beim KdU.) Damit Sie Ihre Parteisuppe daran kochen können! Diese Parteiideologie ist es, die uns Ihre sonst durchaus unterschreibenswerten Ausführungen so bedenklich erscheinen läßt.

Wir, die wir vom ersten Tage unseres politischen Auftretens für die Volksdeutschen eingetreten sind, lassen es uns von Ihnen nicht nehmen, daß wir genau so für sie eintreten, wie Sie, Herr Abg. Machunze. (Heftiger Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Altenburger: Ja, so wie die Kommunisten!) Allerdings mit dem einen Unterschied, daß wir ohne Rücksicht auf die Parteischranke für sie alle eintreten, weil wir empfinden, daß sie unsere deutschen Brüder und Schwestern sind, die in dieses Land heimgekehrt sind. (Beifall beim KdU. — Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Altenburger: Sie Stiefellecker von Hitler! — Abg. Geisslinger: Diese SA-Visage ist eine Provokation des Parlaments! — Abg. Altenburger: Sie Blutdichter!)

Präsident Böhmer: Das Wort hat der Herr Abg. Scharf. (Andauernde heftige Rufe.) Meine Herren, ich bitte jetzt um Ruhe. Das Wort hat der Herr Abg. Scharf und sonst niemand.

Abg. Scharf: Meine Damen und Herren! Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf hat mein Fraktionsfreund Elser bereits ausführliche Stellung genommen, und ich halte es daher nur für notwendig, auf einige in der Debatte aufgeworfene Argumente einzugehen.

Vor allem möchte ich feststellen: Ich halte es für äußerst gefährlich, daß bei diesen Debattereden die an dem Elend der Volksdeutschen wirklich Schuldigen nicht genügend herausgestellt wurden, ja daß man versucht hat, diese Frage zu verwischen. Ich möchte daher klar und eindeutig feststellen: Schuld an der Vertreibung der Volksdeutschen und an dem Elend der Volksdeutschen waren vor allem diejenigen, die im vergangenen Weltkrieg ausgezogen sind, um die Welt zu erobern, die Massenelend und Massenvernichtung über breite Flächen unseres Kontinentes und über den Kontinent hinaus getragen haben. Ich betrachte es als eine besondere Schande, daß wir hier im Parlament gezwungen sind, uns mit dem Nachfahren dieser Politik, mit dem VdU, über diese Frage auseinanderzusetzen. (Abg. Dr. Strachwitz: Sie als Tito-Partisan müssen schweigen!) Wenn man hier versucht, wie es der Herr Abg. Machunze getan hat, die Verirrungen der nazistischen Politik etwa als kleine politische

## 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951. 1817

Fehler hinzustellen, dann möchte ich sagen, daß diese Verirrungen zu Verbrechen und zur Auslöschung ganzer Dörfer und Städte und von Millionen von Menschen geführt haben. Ich nenne nur ein Wort, nämlich den Namen des Ortes Lidice. Ich möchte darauf hinweisen, daß es diese Verbrechen gewesen sind, die als Reaktion eine Massenleidenschaft und Erbitterung in den betroffenen Ländern herbeigeführt haben (*erregte Zwischenrufe bei der ÖVP — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen*), als deren Folge eine andere Lösung des Problems der Volksdeutschen nicht mehr möglich gewesen ist. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß es letzten Endes vor allem auch mit die Schuld jener Christlichsozialen gewesen ist, die in Österreich den Boden für den Nazifaschismus vorbereitet, die die Demokratie in Österreich ausgeschaltet haben (*Abg. Machunze: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!*), und daß es mit die Schuld gewisser rechtssozialistischer Politiker war, die die Widerstandskraft der Arbeiterschaft im Kampf gegen diese faschistischen Machinationen geschwächt haben. (*Abg. Geisslinger: Die armen Volksdeutschen werden schauen, was sie für einen Advokaten haben!*)

In Österreich haben breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung den Kampf gegen die Faschisierung Österreichs, und zwar sowohl gegen den Austrofaschismus als auch später gegen den Nazifaschismus, geführt. Es waren sozialistische und kommunistische Arbeiter, die diesen Kampf geführt haben, und wenn man hier in Zwischenrufen etwa den Vorwurf erhoben hat, daß gewisse Arbeiterführer in der Zeit der Nazibarbarei ins Ausland gehen mußten, dann möchte ich dazu erklären, daß es mir leid tut, daß nicht viel mehr solcher aufrechter Arbeiterführer ins Ausland gelangen konnten, sondern in Konzentrationslagern zugrunde gehen mußten. Ich erinnere nur an Robert Danneberg und andere. Wenn Sie, meine Herren, hier derartige Vorwürfe erheben, dann will ich ergänzend noch sagen, daß es in jener Zeit ehrenvoller war, sich für den Kampf gegen den Nazifaschismus zu erhalten, als eine Zusammenarbeit innerhalb des Landes mitzumachen und die Politik des Nazifaschismus in Österreich zu dulden, wie es viele der rechtssozialistischen Abgeordneten getan haben. (*Abg. Horn: Sie gemeiner Lügner!*)

Wenn im Zusammenhang mit der Frage der Volksdeutschen der Herr Abg. Machunze die demagogische Frage an den Linksblock gerichtet hat, warum wir nicht in Prag dafür eintreten, daß den Volksdeutschen die Renten ausgezahlt werden, für die sie seinerzeit eingezahlt haben, dann möchte ich sagen, daß

das sicher eine ernst zu diskutierende Frage wäre, wenn die Frage selbst ernst gestellt worden wäre. Denn man kann diese Frage nicht einseitig stellen, man kann sie nur im Zusammenhang mit dem Raubgut stellen, das von den Nazikriegsverbrechern in anderen europäischen Staaten zusammengeplündert wurde. (*Zwischenrufe.*) Man kann nicht nur von der Gegenwart, sondern man muß in diesem Zusammenhang auch von der Vergangenheit sprechen. Aber diese Frage ernst zu stellen, fällt den Regierungspolitikern von heute ja gar nicht ein. Es geht ihnen ja nur darum — und das zeigt sich in der ganzen vergangenen Publizistik —, die Volksdeutschen aufzuhetzen, die Volksdeutschen gegen unsere Nachbarstaaten in Front zu bringen, es geht ihnen darum, eine Befriedung mit diesen Nachbarstaaten zu verhindern. Und ich sage Ihnen: Eine verantwortungsbewußte Haltung, eine verantwortungsbewußte Politik gegenüber den Volksdeutschen kann nur von dem Bestreben ausgehen, eine Befriedung mit unseren Nachbarstaaten herbeizuführen. (*Abg. Weinberger: Es lebe die Oder-Neisse-Linie! — Zwischenrufe.*) Und wenn der Herr Abg. Machunze erklärt, daß wesentlicher als der Friede die Heimat sei, dann möchte ich dem Herrn Abg. Machunze sagen: Nur wenn wir den Frieden zu erhalten imstande sind, nur wenn eine friedliche Entwicklung gesichert ist, werden die werktätigen Menschen, gleichgültig welcher Nation, eine Heimat haben, werden sie einen gesicherten sozialen Aufstieg erleben, werden die Menschen menschenwürdig leben können. (*Zwischenrufe.*) Im Vordergrund einer verantwortungsbewußten Politik gegenüber den Volksdeutschen muß daher das Bekenntnis zum Frieden stehen. (*Abg. Grete Rehor: Bedingungslos für den Kommunismus! — Abg. Machunze: Und bedingungslos auf das geraubte Gut verzichten! — Abg. Dr. Pittermann: Die größte Versammlung, in der er seit einem Jahr gesprochen hat! — Heiterkeit.*)

**Abg. Olah:** Hohes Haus! Die sozialistische Fraktion stimmt für dieses Gesetz, weil wir der Überzeugung sind, daß mit diesem Gesetz den volksdeutschen Heimatvertriebenen geholfen wird, bedeutend mehr als mit den Reden der Herren Abgeordneten des VdU und des Linksblocks. Dieses Gesetz hat eine praktische Wirkung und nicht eine solche wie die Reden, die heute von einigen Abgeordneten der beiden Oppositionsflügel vor dem Hause gehalten worden sind. Wir halten es für abwegig, diese Frage, die eine Frage der Menschlichkeit und der Hilfsbedürftigkeit ist, zu einer Auseinandersetzung der Demagogie zu machen. Wir sind nicht schuld daran, daß diese Menschen zu uns flüchten mußten,

1818 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

wir sind nicht schuld daran, daß diese Menschen vertrieben worden sind von Haus und Hof, von dem, was sie sich erarbeitet haben, daß sie geplündert worden sind, daß man ihnen alles geraubt und gestohlen hat, daß man tausende und hunderttausende unschuldige Menschen — Frauen, Kinder und Männer — um ihr Leben gebracht hat. Aber wir haben diese Menschen im Jahre 1945 und nachher bei uns aufgenommen und haben das wenige, das wir hatten, mit ihnen geteilt. Sie haben bei uns kein Paradies gefunden, nein, denn das hatten wir ja selbst nicht und haben es auch heute nicht.

Es wurde heute hier gefragt: Warum nur eine stückweise Lösung? Ja, alle Fragen, die wir lösen müssen, können wir leider nur stückweise lösen. Auch die hunderttausende vertriebenen Menschen, die mit nichts beginnen und sich wieder etwas erarbeiten müssen, ohne Obdach, bar jeder Substanz, auch die wollen wir und müssen wir, soweit sie hier bleiben und hier bleiben müssen, weil sie ja gar keine andere Wahl haben, in unseren Volkskörper, in unsere Bevölkerung eingliedern. Es ist abwegig, hier nun Beschuldigungen zu erheben, vor Jahren oder vor Monaten hätte die eine oder die andere Zeitung oder die eine oder die andere Partei dies oder jenes gesagt. Ich erinnere nur daran, daß man einmal diese geflüchteten Volksdeutschen in Bausch und Bogen als faschistisches Gesindel bezeichnet hat. Unter ihnen sind aber tausende und zehntausende Antifaschisten, und die Abgeordneten beider Regierungsparteien, die hier unter uns sitzen und mit uns im Lager waren, sowohl die von der SPÖ als auch die von der ÖVP, wissen, daß auch tausende Sudetendeutsche in den Lagern gewesen sind, mögen sie vielleicht auch am Anfang dem Sirenenrufe Hitlers und seiner Trabanten gefolgt sein. Sie haben das schwer gebüßt und den Irrtum erkannt. Wir haben in unserem Lande selbst einmal den Trennungsstrich gezogen und gesagt, daß wir mit irgend-einer Kollektivschuld Schluß machen. Dasselbe haben wir von Anfang an gegenüber den Volksdeutschen und überhaupt gegenüber allen Deutschen erklärt. Der Herr Abg. Stüber hat kein Recht, zu sagen, irgendwer hätte sich geschämt, das Wort „deutsch“ in den Mund zu nehmen. Höchstens, Herr Abg. Stüber, wenn man Sie anschaut oder anhört. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Aber ich erinnere Sie daran, daß wir von allem Anfang an dagegen Stellung genommen haben, daß man den Volksdeutschen eine Kollektivschuld auflastet. Die Menschen dort sind ebensowenig kollektivschuldig wie hier unsere Bevölkerung in Österreich. *(Abg. Dr. Herbert Kraus: Dann zieht einmal die*

*Schlußfolgerung daraus!)* Ja, wenn Sie nicht wären, dann wäre diese Schlußfolgerung schon viel besser und viel früher gezogen worden. *(Zwischenrufe.)* Nein, Sie repräsentieren den Rest dessen, weswegen man die Schlußfolgerungen nicht ganz ziehen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir wissen, daß dieses Gesetz nicht die letzte Lösung ist, daß es noch eine Reihe anderer Fragen gibt, zum Beispiel die sozialpolitische und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Volksdeutschen. Der Herr Abg. Machunze hat davon gesprochen, daß darüber Besprechungen und Verhandlungen geführt werden. Das ist richtig. Der Gewerkschaftsbund, also die Stelle, die vorbehaltlos ohne Unterschied alle Arbeiter und Angestellten vertritt, gleichgültig, ob sie Volksdeutsche oder österreichische Staatsbürger sind, weiß, daß auch diese Fragen etappenweise einer Lösung zugeführt werden müssen. Wir sind bereit, es den Menschen, die hier in Österreich eine Heimstätte finden wollen und müssen, auch auf arbeitsrechtlichem Gebiet zu ermöglichen, daß sie arbeiten und leben können. Mag sein, daß dadurch die Zahl der Arbeitslosen ein wenig größer geworden ist. Aber daran sind letzten Endes nicht wir schuld. Wenn diese hunderttausende Menschen nicht nach Österreich und in die anderen Länder getrieben worden wären, dann wären jetzt nicht so viele Arbeitslose hier. Wir werden sie aber so wie alle anderen unterbringen müssen, wir werden auch für sie Arbeitsplätze schaffen müssen. Das ist unser Wunsch und unsere Forderung. Es soll nicht notwendig sein, Konkurrenzkämpfe um den Arbeitsplatz zu führen. Die Lösung kann nur darin bestehen, daß wir allen Menschen in diesem Lande, die arbeiten wollen, Arbeitsplätze sichern. Wenn die gewerkschaftliche Organisation ihre Mitglieder schützt, hat das nichts mit Parteipolitik zu tun. Im Gewerkschaftsbund sind alle Parteirichtungen vertreten. Wenn Sie, Herr Abg. Neuwirth, der Sie das hier vorgetragen haben, das richtig, ordentlich und sachlich prüfen, dann werden Sie nicht finden, daß wir einen Unterschied zwischen irgendwelchen Richtungen machen, sondern nur, daß wir wünschen, daß die gewerkschaftliche Organisation — das verlangen wir mit Recht — auch bei den Volksdeutschen natürlich noch stärker Fuß faßt als bisher. Wir wollen, daß sie die gleichen arbeitsrechtlichen Bedingungen — Kollektivverträge, Sozialrecht — haben sollen wie die Österreicher, und wir wissen, es wird sehr oft der Versuch unternommen, gerade die Not dieser armen Teufel dazu zu benützen, um sie manchmal in ihren Rechten zu beschneiden. Das wollen wir nicht, wir wollen

daß diese Menschen genau so wie die Österreicher auf nichts verzichten müssen, was ihnen zusteht. Deswegen werden wir alle gleichmäßig vertreten.

Daß wir als Gewerkschafter Interesse daran haben, daß wir alle erfassen, auch die Volksdeutschen, und daß wir unsere Mitglieder schützen, ist klar, und das tun alle Standesorganisationen, gleichgültig, auf welchem Gebiet sie arbeiten, für Selbständige oder Unselbständige. Wir haben auch das Ziel, unsere Organisation und die mit dieser Organisation errungenen Rechte, die Kollektivverträge und die übrigen Arbeitsbedingungen, zu erhalten. Das tun wir nicht zuletzt auch im Interesse der Volksdeutschen. Auf diesem Wege wollen wir die Lösung suchen, auf dem Wege der Menschlichkeit, nicht der Versprechungen. Wir wollen mit unseren bescheidenen Möglichkeiten in unserem Lande tun, was wir tun können. Wir halten eine solche Debatte und solche Reden, wie sie heute von manchen Abgeordneten hier gehalten worden sind, nicht für förderlich zur Lösung des volksdeutschen Problems, sie dienen auch nicht dem Interesse der armen Teufel, die nicht von Reden leben können, sondern nur von dem, was wirklich für sie geschieht. Und darum wollen wir uns bemühen, sie in den Arbeitsprozeß einzugliedern, wollen wir ihnen die gleichen sozialen Rechte sichern, ihnen Obdach geben, und wir wollen, daß man uns dabei auch hilft. Das ist richtig. Aber es mögen nicht jene als Ankläger hier auftreten und es mögen nicht jene als Forderer hier kommen, die eher Ursache hätten zu schweigen, weil sie die moralisch Mitschuldigen sind an dem Elend der Hunderttausende und Millionen Heimatloser, die es bei uns und in anderen Ländern gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Abg. Elser:** Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Abg. Machunze zwingen mich zu einer Replik. Ich habe bei der Behandlung dieser Regierungsvorlage rein sachlich die Ursachen der steigenden Massenarbeitslosigkeit aufgezeigt und habe damit vor allem gemeint, daß durch diese Steigerung der Massenarbeitslosigkeit natürlich nicht zuletzt auch die Volksdeutschen das Opfer einer verfehlten Staats- und Wirtschaftspolitik werden könnten. Ich habe auch ohne weiteres zugegeben, daß die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in unserem Lande unter anderem sicherlich auch in den Vorgängen auf dem Weltmarkt und in der Weltwirtschaft zu suchen sind.

Nun kommt der Herr Abg. Machunze und sagt: Was wollt Ihr denn eigentlich, Ihr Kommunisten? Ihr seid ja die Schuldigen an all dem Elend der Volksdeutschen, Ihr

seid ja diejenigen, oder Eure Gesinnungsfreunde in den Nachbarstaaten, die die Volksdeutschen zu Hunderttausenden von Haus und Hof oder, wenn es sich um Lohn- und Gehaltsempfänger gehandelt hat, von ihren Arbeitsstätten vertrieben haben. *(Abgeordneter Machunze: Nun, und stimmt's nicht?)*

Darauf muß man einmal eine Antwort geben, Herr Abg. Machunze. Sie werden hier nicht ein Feuerwerk der Unrichtigkeiten und der Unwahrheiten aufspielen! Wie liegen denn die Dinge? Vorerst einmal möchte ich nur bemerken, der Herr Abg. Stüber aus den Reihen der Unabhängigen ist wohl der schlechteste Vertreter der Volksdeutschen, denn die Politik des Nazismus, die zu dem Elend der Volksdeutschen geführt hat, die hat ja derselbe Abg. Stüber, wie wir alle wissen, verheimlicht. Er hat daher hier meiner Auffassung nach zu schweigen.

Nun zu den Ausführungen des Herrn Abg. Machunze: Ursache und Wirkung werden hier bewußt durcheinander geworfen. Die Wirkung, das ist die Aussiedlung der Volksdeutschen. Und wo sind die Ursachen zu finden? Die Ursachen liegen in der Machtergreifung Hitlers und im Blutregime des Dritten Reiches. Erinnern wir uns: Über zwanzig Millionen wurden in Hitlers Konzentrationslagern vernichtet, vergast oder mit andern Mitteln vom Leben zum Tod gebracht. Wer waren die zwanzig Millionen? Waren das nur Angehörige der deutschen Nation, des österreichischen Volkes oder anderer deutschsprechender Völker? Es waren in großer Zahl die Angehörigen des polnischen Volkes, des tschechischen Volkes, des ruthenischen Volkes, des serbischen Volkes usw., und nicht zuletzt auch des russischen Volkes. Zu Millionen wurden sie damals hingerichtet. Wenn Sie von der Aussiedlung reden, möchte ich nur eines feststellen: Das Hitlerregime kannte in der ersten Phase der Durchführung der Weltoberungspläne allerdings keine Aussiedlung, sondern einfach die Massenhinrichtung. Das war der Unterschied. Wer hat Adolf Hitler, wer hat das Dritte Reich zum Leben erweckt? Ich möchte mich auf dem Gebiet der internationalen Weltpolitik nicht verbreitern, aber das Saatkorn von Versailles hat ja eigentlich bereits die Früchte in sich getragen, die dann zur Machtergreifung Hitlers führen mußten. War es vielleicht die Sowjetregierung, waren es die kommunistischen Parteien, die schließlich den Vertrag von Versailles dem deutschen Volk aufzuzwingen haben? Wer hat denn eigentlich die Ausrüstung des deutschen Militarismus finanziert? War es vielleicht der Rubel des sowjetischen Volkes? War es nicht vielmehr der Dollar,

1820 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951.

das Pfund, der Schweizer Franken? Das sind die wahren Ursachen, die zur Machtergreifung Hitlers geführt haben. Und was tat Hitler in seiner Welteroberungssucht? Er glaubte, Herrenvölker zu sehen und andere Völker, die diesen Herrenvölkern zu dienen hätten. Und er hat sich vor allem gegen das slawische Element gewendet. Das polnische Volk war minderwertig in den Augen der braunen Machthaber, das tschechische Volk ebenfalls. Mein Freund Scharf hat nicht mit Unrecht auf die Tragödie von Lidice verwiesen und auf andere Tragödien, die sich in Massenkonzentrationslagern abgespielt haben. Und nun kam der Zusammenbruch, das Ende des zweiten Weltkrieges. Wenn Sie sich nun das alles in Erinnerung rufen, dann dürfen Sie sich nicht allzu sehr wundern, wenn eine solche Reaktion darauf folgte. Die Aussiedlung der Volksdeutschen aus den verschiedenen Nachbarstaaten ist eine der Tragödien des zweiten Weltkrieges. So muß man die Dinge sehen. Und glauben Sie, daß Sie damit den Volksdeutschen eine Hilfe leisten, Herr Abg. Machunze, wenn Sie die wahren Ursachen der Aussiedlung und das Problem der Volksdeutschen lediglich dazu benützen, um Ihrer Partei Wähler zuzutreiben? Es ist richtig, daß man in den Anfangsstadien, 1945 und 1946, aus den Reihen der Volkspartei sehr wenig davon hörte, was denn eigentlich mit dem Schicksal der Volksdeutschen sei. Jetzt natürlich, da Sie um jede Stimme buhlen, jetzt sind die Volksdeutschen ein willkommenes Objekt Ihrer politischen Propaganda. Das sind die Tatsachen. Man soll also weniger den Kommunisten die Schuld zuschreiben. Es waren ja nicht nur die Kommunisten, neben ihnen waren es auch aufrechte katholische Männer und Frauen, die mutig geblieben sind, aber von den braunen Machhabern auf das Schafott geschleppt wurden, weil sie gegen das Blutregime aufgetreten waren. Hätte der Kampf dieser aufrechten Menschen einen Erfolg gehabt, dann hätte es auch keine Aussiedlung der Volksdeutschen aus den Nachbarstaaten gegeben. Man wird den Volksdeutschen aber nicht helfen, wenn man immer wieder den alten Haß schürt, denn Haß hat noch niemals zur Verständigung geführt, sondern immer nur zu neuen Katastrophen. Wenn die Volksdeutschen jemals die Hoffnung hegen können, daß man ihnen materiell oder auf andere Weise entgegenkommt — es ist ja bitter genug, von Haus und Hof und aus der Heimat wegzumüssen, das verstehe ich sehr wohl —, so ist eine rasche und wirksame Hilfe nur dann möglich, wenn wir versuchen, das Leid auf dem Wege der Völkerverständigung zu mildern und es schließlich im Laufe der Zeit vollständig zu beseitigen.

Ich habe mich bemüßt gesehen, diese Worte hier zu sagen, weil sonst der eine oder andere Abgeordnete glauben könnte, man habe wirklich Ursache, zu diesen völlig unrichtigen Angriffen des Herrn Abg. Machunze zu schweigen. Nein, die Kommunistische Partei hat auf dem Altar des Kampfes um die menschliche Freiheit ihre großen Blutopfer gebracht, sie steht an der Spitze aller dafür gebrachten Opfer. Wenn es sich nur um die Kommunisten handeln würde und wenn es nur nach dem Sinn der Kommunisten auch der Nachbarstaaten gegangen wäre, dann, meine Damen und Herren, wäre manches anders geworden, als es gekommen ist. Sie wissen ganz genau, daß in den Phasen der Aussiedlung der Volksdeutschen nicht kommunistische Regierungen am Ruder waren, sondern Koalitionsregierungen, und die größten Schreier für die Aussiedlung der Volksdeutschen waren die bürgerlichen Politiker der verschiedenen Staaten (*Widerspruch*) und jene, die heute hier in Österreich als Flüchtlinge und arme Vertriebene wieder ihre Haßpolitik gegen ihr eigenes Vaterland betreiben.

Dies, Herr Abg. Machunze, als Replik und zur Beachtung!

*Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.*

Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der **Bericht des Immunitätsausschusses** über das Auslieferungsbegehren der Staatsanwaltschaft Wien gegen das Mitglied des Nationalrates Dr. Peter Krauland (301 d. B.).

Berichterstatte Dr. Scheff: Hohes Haus! Die Staatsanwaltschaft Wien begehrt die Auslieferung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Peter Krauland mit der Begründung, dieser stehe im Verdacht, gelegentlich der Durchführung des Rückstellungsverfahrens und der Verpachtung der Guggenbacher Papierfabrik Handlungen gesetzt zu haben, die einen Mißbrauch der Amtsgewalt darstellen.

Der Immunitätsausschuß hat diese Angelegenheit in seiner letzten Sitzung behandelt und ist einstimmig zur Ansicht gekommen, daß die Auslieferung des Abg. Dr. Peter Krauland erfolgen soll. Hierbei ist es in erster Linie der Wille des Immunitätsausschusses gewesen, die Angelegenheit Krauland in die Hände der unabhängigen Justizbehörden zu legen und sie aus der Sphäre politischer Streitigkeiten und einer Pressekampagne herauszuheben.

Ich habe daher die Ehre, dem Hohen Hause namens des Immunitätsausschusses den

## 46. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 31. Jänner 1951. 1821

Antrag zu stellen, der Nationalrat wolle beschließen, dem Auslieferungsbegehren der Staatsanwaltschaft Wien vom 20. Dezember 1950, 21 St 23737/49, gegen das Mitglied des Nationalrates Dr. Peter Krauland stattzugeben.

*Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen.*

Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren des Strafbezirksgerichtes Wien gegen das Mitglied des Nationalrates Franz Prinke (302 d. B.).

Berichterstatter Dr. Nemecz: Hohes Haus! Am 10. November 1950 brachte das „Kleine Volksblatt“ einen Artikel, der folgende Überschrift trug: „NR. Prinke zum Fall Dobretsberger: Verlangen der Hochschüler ist begründet“. In diesem Artikel wurde über eine Rede berichtet, die der Herr Abg. Prinke in einer Vertrauensmännerversammlung der ÖVP hielt und in der er das Verhalten des Universitätsprofessors Dr. Josef Dobretsberger in dessen bekannter Angelegenheit einer Kritik unterzog. Herr Dr. Dobretsberger fühlte sich ob dieses Artikels und der in diesem Artikel gebrachten Äußerungen des Herrn Nationalrats Prinke in seiner Ehre verletzt und brachte beim Strafbezirksgericht Wien sowohl gegen den verantwortlichen Redakteur des „Kleinen Volksblattes“ als auch gegen den Herrn Abg. Prinke eine Ehrenbeleidigungsklage ein.

Der Immunitätsausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt und folgendes festgestellt: Der Herr Abg. Prinke hat diese Äußerungen in einer Vertrauensmännerversammlung seiner Partei, also in Ausübung seines Mandates als Nationalrat, gemacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine gerichtliche Verfolgung ob dieser Äußerungen unzulässig gewesen wäre, wenn sie im Parlament gemacht worden wären.

Der Immunitätsausschuß hat daher einstimmig beschlossen, dem Hohen Haus zu empfehlen, dem Auslieferungsbegehren keine Folge zu geben.

Der Antrag des Immunitätsausschusses lautet (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Auslieferungsbegehren des Strafbezirksgerichtes Wien, Abt. 1, vom 20. Dezember 1950, 1 U 430/50, gegen das Mitglied des Nationalrates Franz Prinke wird nicht stattgegeben.“

*Der Antrag des Immunitätsausschusses wird einstimmig angenommen.*

Präsident Böhm: Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung nehme ich für Mittwoch, den 14. Februar, 10 Uhr, in Aussicht. Wird dagegen ein Widerspruch erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es bleibt also bei meinem Vorschlag.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 12 Uhr 40 Minuten.**

